

Sozialistische Arbeiter Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

C D

Kleinliche Geschäftsinteressen in der Eisernen Front

Eiserner Katzenjammer

Reichsbanner wird zur Unterschrift gepreßt / Der ZdA will eine freie Gewerkschaft zertrümmern, weil sie sich gegen die Eisernen Phantasien sträubt

Berlin, 15. Februar 1932.

Vor einigen Tagen beleuchteten wir mit aller Deutlichkeit die Vorgänge innerhalb des Afa-Bundes, die durch seine Stellungnahme zu der sogenannten „Eisernen Front“ ausgelöst wurden. Was wir erwartet haben, ist prompt eingetreten, und es muß der Berliner Angestelltenschaft und den Afa-Mitgliedern schonungslos gesagt werden, mit welchen Mitteln hier ein Verband gegen den anderen innerhalb des Afa-Bundes arbeitet.

Da der „Allgemeine Verband der deutschen Bankangestellten“ in seiner Erkenntnis der Aktionsunfähigkeit der Eisernen Front sich nicht bedingungslos dem Afa-Bundesvorstand nach dieser Richtung hin unterwirft und es dadurch innerhalb des Afa-Bundesvorstandes zu erheblichen Differenzen gekommen ist, benutzt der ZdA sofort diese Gelegenheit, um die Situation geschäftsmäßig für sich auszunutzen. Wir stehen heute vor der traurigen Tatsache, daß

ein freigewerkschaftlicher Verband, wie der ZdA, eine andere freigewerkschaftliche Organisation, den AV, in der unsachlichsten Weise durch ein Flugblatt angreift,

weil der AV nicht restlos einem Phantom nachjagt, wie es die übrigen in der Afa organisierten Verbände, entgegen dem Willen einer großen Anzahl der Mitglieder, tun.

Der ZdA verteilte am Freitag vor einigen Tagen ein Flugblatt, mit der Überschrift „Schluß mit den Splitterorganisationen“. Wir wollen aus dem Inhalt dieses Flugblattes nur zwei oder drei Stichwörter herausnehmen, da wir nicht gewillt sind, den gesamten Schmutzkübel, der hier über den AV ausgeschüttet wird, in allen Teilen zu untersuchen. Wenn die Berliner Angestelltenschaft durch dieses Flugblatt nicht so aufgeklärt wird, wie wir es wünschen, daß sie endlich sieht, daß die gesamte Eisernen Front scheinbar nur ein Geschäftemachen bedeutet, dann müßten wir im Grunde die Kurzsichtigkeit eines großen Teiles der Angestelltenschaft, die sich heute noch durch Lügen-Parolen beeinflussen läßt, außerordentlich bedauern. Wir werden aber nicht verfehlen, unsere Aufklärungsarbeit immer deutlicher in die Arbeiterschaft hineinzutragen, da wir mit Grausen sehen müssen, mit welchen Mitteln die Arbeiterschaft in einen Zustand hineinmanövriert wird, der mit dem Untergang der gesamten Klasse gleichzustellen ist. Hier nur einige kurze Stichwörter aus dem ZdA-Flugblatt, mit dem der ZdA den AV zerschlagen möchte.

„Ein unmöglicher Zustand muß beendet werden“.

„Warum sind Bankbeamte und Bankangestellte ohne Schutz?“

„Was sollen Bankbeamte und Angestellte nun beginnen?“

Wir überlassen es den Bankbeamten und Bankangestellten, ihrerseits auf diese Provokation in gebührender Weise zu antworten und in aller Öffentlichkeit klar zu legen, daß es dem ZdA scheinbar lediglich darauf ankommt, die Beiträge, die die Bankbeamten bisher an den AV zahlten, der sie wirklich fachmännisch vertreten hat, für sich zu angeln, um damit bei Gelegenheit die Propaganda der Eisernen Front oder — wie es die freien Gewerkschaften 1928 schon getan haben — eine

kommende Wahlpropaganda der SPD wieder mit 1 Million M. zu finanzieren.

Wir unsererseits werden die Stellungnahme jeder Organisation, gleichviel ob es sich um den ZdA oder eine andere handelt, aufs entschiedenste bekämpfen, wenn es sich darum dreht, eine andere freigewerkschaftliche Organisation in aller Öffentlichkeit zu deavouieren. Hier wird mit einer Deutlichkeit von einer Organisation, die sich immer gerühmt hat, ganz besonders den Standpunkt der Arbeitnehmerschaft zu vertreten, der Zwiespalt in der Arbeitnehmerschaft den Arbeitgebern aufgezeigt und das nur aus rein geschäftlichen Motiven.

Die Berliner Angestellten werden das nicht so ruhig hinnehmen.

Am Dienstag, den 16. Februar 1932, abends 18 Uhr, findet eine Kundgebung für die Eisernen Front statt, in der Göring vom Afa-Bund spricht, und er wird sich der Antwort, die er auf Grund der vorstehenden Vorkommnisse aus den Angestelltenkreisen erhält, nicht entziehen können.

sind seit Bestehen der Rüstwoche ca. 10 Kameraden von der Kameradschaft von 10 bis 21 Uhr bzw. 14—21 Uhr mit der Geschäftsführung der Einzeichnungsstelle und der Agitation ununterbrochen beschäftigt. Es ist beschämend für die Kameradschaft, daß

eingetragene Mitglieder erst geladen werden müssen, ihrer Einzeichnungspflicht zu genügen.

Weiter, daß von über hundert Kameraden der Kameradschaft nicht soviel Opferwille besteht, diese ca. 10 Kameraden von der Arbeit abzulösen oder zumindestens nach Möglichkeit zu unterstützen.

Wir machen darauf aufmerksam, daß dieses Verhalten in ernster Zeit, wo es um Alles geht, was uns lieb und teuer ist, so wenig Kameradschaftsgeist und Pflichtgefühl bei dem größten Teil der Kameraden vorhanden ist, was

bestimmt nicht zum Erfolg der Rüstwoche führt.



Kandidat der
Großbürgergeoisie
und
des Reformismus

(Siehe Seite 2)

Wie sieht die Eisernen Front weiter aus? Uns liegt eine kleine Broschüre vor, die vier Aufrufe enthält:

1. Otto Wels: Die Fronten sind formiert!
2. Höllermann: Nichts für uns — alles für Deutschland!
3. Graßmann: Für den Kampf um den Fortschritt kann keine Kraft entbehrt werden!
4. Wildung: Der Arbeitersport in der Eisernen Front!

Es wäre Zeitvergeudung, auf die Ausführungen dieser vier Themen einzugehen; der Inhalt dieser kleinen Broschüre ist übelste Phrasendrescherei, um die Gehirne der Berliner Arbeiterschaft zu vernebeln und sie für das Geschäftsunternehmen der Eisernen Front einzufangen. Wir sind wohl unterrichtet, daß man seit zwei bis drei Tagen bereits die eingeschriebenen Mitglieder des Reichsbanners, der SPD, des Sportkartells sowie der freien Gewerkschaften schon schleppen muß und sie quasi zwingt, sich in die sogenannten Eisernen Bücher einzutragen. Nachstehend geben wir ein Schreiben des Reichsbanners, Ortsverein Friedrichshain, in seinem vollen Wortlaut wieder:

Berlin, den 7. Februar 1932

Werte Kameraden!

Wie uns von der Kameradschaftsleitung der Kameradschaft Memel mitgeteilt wurde,

Wir teilen mit, daß durch derartiges Verhalten denjenigen Kameraden, die fast alle erwerbslos sind, mit hungrigem Magen ihre Pflicht tun,

der Idealismus und der Mut für diese Sache geraubt wird.

Wir verpflichten deshalb jeden Kameraden, sich zum Dienstag, den 9. Februar abends beim Kameradschaftsführer Kamerad Heiterhof zu melden, zwecks Mitarbeit an der notwendigen Arbeit, widrigenfalls stichhaltige Gründe ihres Nichterscheinens vorzubringen sind, denn unsere Organisation hat als Motto auf ihren Fahnen:

„Einer für Alle, alle für Einen“

Wir brauchen nur ganze Männer.

Mit Bundesgruß
Frei Heil

gez. Hanke

I. Vorsitzender des Ortsvereins.

Dieser Brief spricht Bände. Niemand wurde der Schwindel der Eisernen Front offensichtlicher als hier, da ganz deutlich gezeigt wird, daß die gesamten Eintragungen in den Eisernen Büchern rein zwangsmäßige und zwar nur aus den Mitgliederkreisen sind. Wo sind die 10 Millionen, die angeblich sich hinter dieses Theaterspiel stellen? Es wird höchste Zeit, daß die Arbeiterschaft erkennt, daß sie nur dazu benutzt werden soll, um ihr die letzten Groschen für

SPD in der reaktionären Front

Die Sozialdemokratische Partei sucht jetzt allmählich die „Argumente“ zusammen, um ihren Mitgliedern klar zu machen, warum sie Hindenburg wählen müssen, gegen den die SPD vor 7 Jahren noch mit aller Energie — allerdings schon mit dem falschen Mittel des „kleineren Übels“ Wilhelm Marx — gekämpft hat. Der „Vorwärts“ vom Sonntag schreibt darüber:

„Die Sozialdemokratie muß im Interesse der Arbeiterklasse alles tun, um wenigstens dem Faschismus den Sieg zu entreißen. Mit anderen Worten: sie muß

auf einen eigenen Kandidaten verzichten, wenn sie einen anderen sieht, durch dessen Aufstellung ein Keil in die Reihen der Gegner getrieben und eine Niederlage des reaktionärsten Teils der Bourgeoisie, der Harzburger Front, herbeigeführt werden kann. Das ist so einfach und klar, daß jeder politisch geschulte Arbeiter es ohne weiteres versteht.“

Daß politisch geschulte Arbeiter durchaus nicht „so ohne weiteres verstehen“, daß sie Hindenburg wählen sollen, der von dem ihn propagierenden Ausschuß mit

Erinnerung an den Weltkrieg und die Kaiserkrönung von 1871

vorgestellt wurde — das wird die SPD bald erleben. Und wenn die SPD heute schon ihre eigenen Wähler — von denen zweifellos hunderttausende diesen Irrsinn nicht mitmachen werden — schmäht, indem der „Vorwärts“ in diesem Zusammenhang von der „Verzweiflung politisch ungeschulter Menschen“ spricht, so darf man wohl feststellen, daß diese „politisch ungeschulter Menschen“ ganz erheblich mehr politisches Gefühl besitzen als die SPD-Führer. Ein Prolet, der Hindenburg wählt — das ist

ein Verräter an seiner Klasse!

ein paar geschäftstüchtige Leute aus der Tasche zu holen.

Tretet energisch gegen dieses Vabanquespiel mit der Klassenexistenz auf!

Der Kampf gegen den Faschismus kann nur durch die von unten her gebildete proletarische Einheitsfront unter dem Kampfruf,

„Klasse gegen Klasse“

mit Erfolg durchgeführt werden. Wir werden die Berliner Arbeitnehmerschaft weiter über die Vorkommnisse, die sich hinter den eisernen Kulissen abspielen, aufklären!

Aber selbst die Erfinder der Eisernen Front müßten allmählich einsehen, daß eine Front, die nicht von der Begeisterung der Frontkämpfer selbst getragen ist, kampfunfähig bleiben muß. Was ist eine Truppe wert, die von ihren „Generalen“ gewaltsam in die Front getrieben werden muß. Und wie soll schließlich auch Begeisterung entstehen für eine Eisernen Brüning-Front, wo doch die Arbeiterklasse allmählich durch die Praxis gelernt hat, was das Brüning-Regime für sie bedeutet!

Wie uns von vielen Seiten mitgeteilt wird, werden Genossen der SAP, vor allem Gewerkschaftsangestellte oder in Partei-, Ge-

werkschafts- und Genossenschaftsbetrieben Beschäftigte zur Zahlung eines Beitrages für die „Eiserne Front“ gezwungen unter der Androhung ihres Ausschlusses oder ihrer Entlassung.

Einem solchen Vorgehen braucht sich niemand zu fügen. Es stellt einen Verstoß gegen die guten Sitten dar und fällt strafrechtlich unter den Nötigungsparagraphen. Eine solche Ausnutzung der Arbeitgeberrechte zu dem Zweck, Abhängige zu politischen Handlungen zu zwingen, ist bisher stets von den deutschen Gerichten in der schärfsten Weise geahndet worden und von der gesamten Arbeiterbewegung bisher als das gekennzeichnet worden, was es ist:

Eine schimpfliche Vergewaltigung Abhängiger.

Wenn die „Eisernen“ solcher schmutzigen Mittel bedürfen, um ihre „Front“ herzustellen, so beweist das, was diese Front und was ihre Schmiede wert sind. Wer sich solcher Vergewaltigung nicht unterwirft, sondern den Kampf gegen sie aufnimmt, der hat nicht nur das geschriebene, sondern auch das moralische Gesetz auf seiner Seite.

*

Und nun ist die „Rüstwoche“ vorbei. Sie ist würdig geschlossen worden durch einen Tanz der „Abwehrfront“. Hier die Einladung: Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Ortsverein Weißensee.

Im Februar 1932.

Werte Gesinnungsfreunde!

Am Sonntag, den 14. J. Mts., findet in der Stadthalle, Weißensee, Pistoriusstr. 23, ein Konzertabend der Reichsbannerkapelle Weißensee statt. Nach dem Konzert Tanz. Kassenöffnung 5 Uhr. Beginn 5 1/2 Uhr. Ende? Eintritt 60 Pf. inkl. Tanz und Steuer.

Diese Veranstaltung ist als Abschluß der Rüstwoche für die eiserne Front gedacht. Alles was zur Stärkung der Abwehrfront gegen den Faschismus beitragen kann, bitten wir zu unterstützen. Deshalb, Gesinnungsfreunde, seid ihr herzlich willkommen.

Mit Frei Heil

Der Vorstand.

Die „Eiserne Front“, die tanzende Front rund um Hindenburg — und nun kann der große Katzenjammer anfangen. Die Proleten aber müssen nun so schnell und fest wie möglich die kämpfende Front formieren!

Maulhalten!

Diskussion über die „Eiserne Front“ in der ZdA-Jugend verboten

Berlin, 12. Februar 1932.

In der Funktionärversammlung der ZdA-Jugend am Donnerstag, den 11. Februar, gab der Jugendsekretär die Stellungnahme des Verbandes zur Eiserne Front bekannt. Er machte es den Funktionären zur Pflicht,

auch wenn es gegen ihre Ueberzeugung sein sollte,

an Veranstaltungen der Eisernen Front in ihren Gruppen im Sinne der Verbands-Beschlüsse zu propagieren und es allen Jugendmitgliedern zur Pflicht zu machen, dieselben zu besuchen.

Als einige Funktionäre gegen die Eisernen Front Stellung nahmen, in Anbetracht der vorgeschrittenen Zeit aber eine grundsätzliche Stellungnahme gegen die Eisernen Front nicht möglich war, wurde der Antrag eingebracht, auf der nächsten Funktionärversammlung grundsätzlich zur Eisernen Front Stellung zu nehmen. Die Abstimmung über diesen Antrag wurde von der Versammlungsleitung mit folgender Begründung abgelehnt:

„Eine Diskussion über die „Eiserne Front“ würde für Funktionäre der ZdA-Jugend keine Bedeutung haben, da an dem nun einmal gefaßten Beschluß des Verbands-Vorstandes doch nichts mehr zu ändern sei und jede Kritik nutzlos vergeudetete Zeit bedeute. Außerdem würde die Organisationsleitung das auch gar nicht zulassen. Diskussionen über die „Eiserne Front“ sind Späße (!), die man sich später erlauben kann, die aber in der heutigen Situation nicht angebracht sind.“

So also schätzt die Gewerkschaftsbürokratie die politische Reife ihrer „Untergebenen“ ein. Hat sie sich nie die Frage vorgelegt, wie sie eigentlich mit solch einer gewaltsam zusammengewürfelten „Front“ kämpfen will? An der Illusion, daß das ginge, sind schon Ludendorff und Hindenburg gescheitert!

Eisernes Pech

Berlin, 15. Februar 1932

In einer republikanischen Kundgebung am Sonntag erklärte der Zentrumsmitglied Dr. Spiecker mit einer kräftigen Spitze gegen Groener, die Linke habe kein allzu großes Vertrauen zu der politischen Weisheit von Generalen. Im Anschluß daran begründete der Chefredakteur des „Vorwärts“ Stampfer, weshalb die Sozialdemokratie für Hindenburg als Reichspräsidenten eintritt.

Unseres Wissens ist auch Hindenburg — General. Und überdies ist Groener sein engster Freund und politischer Vertrauensmann.

Es ist schon verdammt schwer, „Argumente“ für die sozialdemokratische Bankrott-Politik zu finden, die nicht vom Fluch der Lächerlichkeit getötet werden, wenn sie kaum ausgesprochen sind.

SPD bereitet den Hindenburg-Aufruf vor

Hindenburg kandidiert!

Der Stahlhelm macht noch Schwierigkeiten

b. j. Berlin, 15. Februar 1932.

Schon im Lauf des Sonntags hat sich Herr von Hindenburg, den fortgesetzten Einwirkungen des Reichskanzlers Brüning einerseits, des Staatssekretärs Meißner andererseits folgend, dazu bereit finden lassen, im März zu kandidieren, wenn bis Montag vormittag die Stahlhelmführer wenigstens die Neutralität ihres Bundes seiner Kandidatur gegenüber erklären, wenn sie sich mindestens also nicht feindselig zu ihr stellen würden und wenn andererseits die endgültige Zusage der Kyffhäuserbande erfolge.

Am Montag vormittag ist dann schließlich der General von Horn im Reichspräsidentenhaus erschienen und hat ziemlich gequälte Treueversicherungen namens der alten Kriegervereine abgegeben. Der Stahlhelm aber hielt an seinen Forderungen fest, daß Brüning gehen müsse, wenn Hindenburg auf seine Wahlhilfe rechnen wolle.

Am Montag mittag wurde dann in der Pressekonferenz der Reichsregierung die Erklärung Hindenburgs verlesen, in der er sagt, daß er die ihm angetragene Kandidatur annehmen werde, da sie ihm ja nicht aus den Händen der Parteien angeboten werde, sondern aus allen Volkskreisen der Wunsch laut geworden sei, ihn wiederum als Reichspräsidenten bestätigt zu sehen.

Es war eine schwere Geburt. Noch in den letzten Stunden vor dem Beginn der Pressekonferenz schien es durchaus ungewiß, ob die Cliquenkämpfe die Hindenburg-Kandidatur nicht doch noch zu Fall bringen würden. Ueberall, in Privatwohnungen, in Hotels, in Weinrestaurants haben in den Nächten vom Sonntag zum Sonntag und vom Sonntag zu Montag die Konventikel getagt und beraten. Ueber das wichtigste dieser Konventikel veröffentlicht wir einen uns durch Indiskretion von beteiligter Seite zugegangenen Bericht:

In einem feudalen Berliner Hotel trafen am Sonntagabend zu später Abendstunde die Herren Seldte, Hitler, Mahraun, General von Schleicher und Dr. Lübbert zusammen. Der Letztgenannte ist der Wirtschaftsberater des Stahlhelms und gleichzeitig der intime Freund des ehemaligen Kronprinzen. General von Schleicher versuchte, die Herren Hitler und Seldte zur Abgabe von Neutralitätserklärungen für Hindenburg zu bewegen und stellte gewisse Kursänderungen in Aussicht.

Brüning würde nach erfolgter Wahl auch vom Reichspräsidenten fallen gelassen werden.

Hitler, der augenscheinlich zur Teilnahme an dieser Konferenz unter ganz anderen Voraussetzungen bestimmt worden war, verließ nach verhältnismäßig kurzer Frist die Beratung. Die verbleibenden Herren setzten ihre Unterhaltung noch längere Zeit fort.

Es wurde erreicht, daß auch die Herren Lübbert und Seldte erklärten, für den Fall, daß die von ihnen mit Nachdruck geforderte politische Kursänderung, also die Ausschiffung Brünings, in der Zwischenzeit bewirkt würde, im zweiten Wahlgang für Hindenburg stimmen zu wollen.

Die Stahlhelmführer haben tatsächlich keinerlei vorbehaltlose Erklärung für Hindenburg abgegeben. Sie wollen ihr Ehrenmitglied allenfalls „tolerieren“ und ihm nach seiner von ihnen erwarteten Niederlage im ersten erst für den zweiten Gang ihre hilfreiche Hand leihen, wenn er dann zuvor ihre Bedingungen erfüllt haben würde.

So ist die Wahlschlacht um die Reichspräsidentenschaft ein durchaus offenes Spiel. Die bürgerlichen Arithmetiker, die sich jetzt unter Einstimmung aller jemals für die Sozialdemokratie abgegebenen Stimmen auch für Hindenburg ein Stimmresultat von etwa 18 Millionen für die zweite Amtsperiode dieses Reichspräsidenten errechnen, dürften sich täuschen. Sie können auf die Stimmen der sozialdemokratischen Arbeiter für den Kandidaten der Bürger nicht rechnen.

In seinem „Montags-Blatt“ macht der Kapitän a. D. Ehrhardt den witzigen Vorschlag, daß sich Hitlers Privatarmee, der Stahlhelm und auch das Reichsbanner an der Memel versammeln sollten, um den von ihm erwarteten „Raubzug“ der Polen auf das „deutsche Danzig“ mit der Waffe abzuwehren. Augenscheinlich rechnet er aus seinen Erfahrungen von 1919 und 1920 damit, daß ihm, dem altbewährten Bandenführer, von der Regierung der Oberbefehl in einem neuen Baltikum- oder Oberschlesien-Unternehmen anvertraut werde. Seine gegenwärtige Betätigung als Herausgeber eines Wochenblättchens genügt ihm augenscheinlich nicht mehr. Er strebt nach Höherem. Das Manifest wird ergänzt und gerundet durch die Forderung, daß „sämtliche staaterhaltenden und nationalen Parteien“ sich einigen „und auf die Durchführung der Präsidentenwahl vorläufig verzichten sollten“.

Die Vaterländischen gegen Hindenburg

Berlin, 15. Februar 1932

Die Vereinigten Vaterländischen Verbände teilen mit: „Wir stellen mit Bedauern fest, daß der Herr Reichspräsident allen Warnungen zum Trotz sieben Jahre lang im Sinne des Weimarer Systems regiert hat. Er unterschrieb den Youngplan, die Quelle unseres Elends, unserer Ohnmacht und inneren Uneinigkeit. Es kann uns somit nicht zugemutet werden, daß wir noch einmal unsere Stimme dem Schützer dieses Systems geben.“

Und jetzt Arbeitszeitverlängerung!

Goerdelers Pleite als Preisabbaukommissar ist längst ein öffentliches Ergebnis und kann auch vom ihm selber nicht mehr geleugnet werden. Weit davon entfernt, die Preise in demselben Ausmaß zu senken wie die Löhne und Gehälter, schätzt er bis Ende Februar, also einschließlich, was noch im Laufe dieses Monats zu erreichen ist, die seit Beginn der Aktion auf 8 Prozent. Wie Goerdeler zu dieser Schätzung kommt, ist sein Geheimnis. Alle Wahrscheinlichkeit spricht für einen noch viel geringfügigeren Erfolg.

Aber Goerdeler, der Ende Februar als Preisabbaukommissar, hat offenbar an seiner Arbeit Geschmack gefunden und weil der Preisabbau die versprochene Wirtschaftsentwicklung nicht gebracht hat, will er dies nun auf anderem Wege versuchen. Zu diesem Zwecke soll auch ein Arbeitsbeschaffungsprogramm ausgearbeitet haben, das als Hauptinhalt die Arbeitszeitverlängerung hat. Damit ist wohl zugleich die Richtung angegeben, in der sich die neueste Offensive des Unternehmertums bewegen wird.

Der Memelkonflikt in Genf

Genf, 15. Februar 1932.

Im Völkerbundsrat kam am 13. Februar die deutsche Beschwerde über die Absetzung des Direktoriumspräsidenten von Memel, Böttcher, zur Behandlung. Der deutsche Staatssekretär von Bülow verlas zu diesem Zwecke ein längeres Schreiben, das den deutschen Standpunkt zu dem Vorgehen des litauischen Gouverneurs darlegte. Insbesondere wurde geltend gemacht, daß es sich bei dem Böttcher zum Vorwurf gemachten Besuchen in Berlin um eine Privatangelegenheit gehandelt habe, woran auch der Umstand nichts ändere, daß Böttcher sich einen Reisekostenvorschuß aus amtlichen Mitteln habe geben lassen. Das sei eine interne memelländische Angelegenheit. Von Bülow erhob gegenüber der litauischen Regierung den Vorwurf, „eine an sich bedeutungslose Angelegenheit als willkommener Vorwand für eine politische Aktion zu benutzen“ und forderte „Wiedergutmachung des vorliegenden Rechtsbruchs“.

Für die litauische Regierung stieg Außenminister Zaunius

ein. Zaunius bestritt die Richtigkeit der deutschen Darlegung, wobei er besonders auf den Umstand verwies, daß Böttcher in Berlin mit dem Auswärtigen Amt verhandelt habe. Die im allgemeinen gut unterrichtete

„Deutsche Allgemeine Zeitung“ habe am 11. Februar zu berichten gewußt, daß sich diese Verhandlungen auf die Frage der Zulage für die Beamten im Memelgebiet bezogen hätten. Zaunius erörterte diese Punkte ausführlich, indem er bis auf die Optionsfrage zurückging und von einem

Bestechungsversuch der deutschen Regierung zur Unterhöhlung des gegenwärtigen Zustandes sprach.

Die deutschen Zeitungen des Memelgebietes würden mit deutschem Gelde unterstützt und der Vizepräsident des Memellandtages erhalte auf ein Konto in Tilsit Summen aus der deutschen Stiftung. Es sei für die litauische Regierung unmöglich gewesen, eine neue Provokation hinzunehmen, die die gemäßregelten Persönlichkeiten im Einverständnis mit den deutschen Stellen unternommen hätten. Böttcher habe, offenbar von der Reichsregierung ermutigt, den Rat zum Rücktritt nicht befolgt. Deshalb habe ihn der Gouverneur absetzen müssen.

Heute vormittag sind die Verhandlungen vertraulich in einem eingesetzten Sonderausschuß fortgesetzt worden, der vermutlich am kommenden Mittwoch im Völkerbundsrat Bericht erstatten dürfte.

Sozialdemokratischer Stoßseufer

„Kyffhäuserbund bleibt treu“ — Unter dieser Ueberschrift teilt der „Vorwärts“ mit, daß der General von Horn Herrn Hindenburg „erneut das Vertrauen und die Treue der im Kyffhäuserbund vereinigten alten Soldaten zum Ausdruck brachte.“ Die Ueberschrift zeigt, welche Sorge die SPD hatte, sie könne etwa die Kampfgenossenschaft der Kriegervereine im Präsidentschaftswahlkampf entbehren müssen.

Eine Posse, wenn es nicht für die Arbeiterklasse eine Tragödie wäre!

Wird Hitler Professor?

Braunschweig, 15. Februar 1932

Minister Klagges teilte heute mit, daß die Meldung eines Berliner Montagsblattes über eine bereits am Freitag vollzogene Ernennung Hitlers zum Professor für „angewandte Pädagogik“ an der Technischen Hochschule Braunschweig nicht den Tatsachen entspreche. —

Also die Ernennung kommt erst noch!

Zweite Rüstungswoche

Die zweite Woche der Genfer Abrüstungskonferenz wurde mit einer Rede des türkischen Abrüstungsministers eröffnet, der sich für „Rüstungsausgleich in der Abrüstung einsetzte und die französischen insoweit als interessant fand, „als sie zur Internationalisierung des Militärwesens, d. h. zur Abschaffung der nationalen Armeen führen könnten, die die beste Förderung der Abrüstung bedeute“.

Der norwegische Delegierte Colban verlangte „eine radikale Herabsetzung der Rüstungen“ und Erzeugung des Verbots gewisser Waffen durch die Kontrolle der Waffenherstellung und des Waffenhandels. Major Branco, Außenminister von Portugal, meinte, daß die Rüstungen je nach den Verhältnissen verschieden sein müßten, während der holländische Außenminister den Konventionentwurf einer starken Kritik unterzog. Er forderte ein uneingeschränktes Verbot der schweren Angusschiffe, des Gaskrieges und derjenigen Mittel der Kriegführung, von denen insbesondere die Zivilbevölkerung betroffen wird. Zu dem französischen Vorschlag einer internationalen Polizei bemerkte der Redner, daß solche Ideen schon früher aufgetaucht, aber an der Unmöglichkeit ihrer Verwirklichung gescheitert seien. Jeder Versuch, das Sanktionssystem zu verschärfen, würde scheitern, wenn nicht gleichzeitig eine erhebliche Herabsetzung der Rüstungen erfolge. Der Redner erhielt von der Versammlung starken Beifall. Darauf wurde die Aussprache auf Dienstag vormittag 10 Uhr vertagt.

Japanischer Angriff abgeschlagen

TU. Moskau (über Kowno), 15. Febr. 1932.

Die Telegraphen-Agentur der Sowjetunion meldet, daß der japanische Angriff gegen Wusung am Montag abgeschlagen wurde. Die japanischen Truppen, die nach schwerer Artillerievorbereitung und Vernebelung versuchten, die Forts zu stürmen, wurden von den Chinesen mit starkem Artillerie- und Maschinengewehrfeuer empfangen. Es gelang den Chinesen, 1300 japanische Soldaten und Offiziere abzuschneiden und gefangen zu nehmen. Der Führer der japanischen Sturmkolonne erschoss sich bei der Entwaffnung selbst.

Die Japaner setzten ihre Sturmangriffe fort. 17 japanische Kriegsschiffe nahmen an der Beschießung teil.

Helfer des Imperialismus

Weißgardistenregiment in Schanghai

TU. Moskau (über Kowno), 15. Febr. 1932.

Nach den Berichten aus Schanghai hat sich dort als Unterabteilung des von der Behörden der Internationalen Niederlassung gegründeten Freiwilligenkorps auch ein Regiment russischer Emigranten, der sogenannten Weißgardisten, gebildet. Dieses Regiment hat die Genehmigung erhalten, eine Fahne zu führen, die in den alten russischen Landesfarben gehalten ist und lediglich in der Mitte das Wappen der Stadt Schanghai zeigt.

*

Hände weg von China. Mehrere tausend Kommunisten veranstalteten am Sonntag am Trafalgar-Platz in London eine Kundgebung gegen den japanischen Imperialismus. Sie trugen rote Fahnen mit den Worten „Hände weg von China“.

Der Reichstag ist nunmehr endgültig für Dienstag, den 23. Februar, 15 Uhr, einberufen worden. Auf der Tagesordnung steht lediglich die „Beschlüßfassung über den Wahltag für die Wahl des Reichspräsidenten“.

Der Fall Bullerjahn

Die Geschichte eines Justizverbrechens / Berichtet von Berthold Jacob

10. Fortsetzung

Dieser Vorfall gelangt in dem Bericht des Kriminalassistenten Pittelkow am 15. Januar an die Kriminalpolizei. Pittelkow berichtet, ihm sei in Wittenau, wo er sich gelegentlich einer Feststellung in einer Diebstahlsache aufgehalten habe, vom Leiter des Werksicherheitsdienstes mitgeteilt worden, daß Bullerjahn am Hortsweg von Spallek gesehen worden sei. Er fährt fort:

„Es liegt die Vermutung nahe, daß sich B. eine Belohnung für seine Tätigkeit an diesem Abend abholen wollte, denn es wurde vertraulich in Erfahrung gebracht, daß die fragliche Person am 23. 12. 24 bereits eine Belohnung bei der Kommission von Herrn Jost abgeholt hat.“

Der letzte fett gedruckte Passus in dem Bericht des Kriminalbeamten deckt sich auffällig mit einer Aussage, die viel später, nämlich am 6. Februar 1925 die „ungenannte Vertrauensperson“ des Kriminalkommissars Goepner machen wird. Da heißt es zwar noch nicht: „am 23. Dezember“, aber bei sonst gleichem Inhalt: „Wenige Tage vor Weihnachten 1924 erschien Bullerjahn bei der englischen Abteilung der IMKK...“

Merkwürdig diese Übereinstimmung! — Am 8. Januar wird Spallek ein junger Kriminalbeamter zur Beobachtung des Hauses Horstweg Nr. 3 beigegeben. Man rechnet damit, daß Bullerjahn der am Abend des Vortages das Haus nicht betreten hat, wiederkommen werde. Bullerjahn aber erscheint nicht. Der Kriminalbetriebsassistent Kriesel schlägt dem Spallek nun vor, die Beobachtung vor das Haus Bullerjahns zu verlegen. Man fährt dort hin und nun währt mehrere Tage hintereinander die Observation fort. Aber erst am 10. abends wird Bullerjahn zum ersten Male von den beiden gesichtet. Er ist seit dem 8. Januar krank geschrieben und hält sich den Tag über zu Hause auf. Erst eine Viertelstunde vor 9 Uhr abends verläßt er mit seiner Frau das Haus, um ein Kino zu besuchen, und pünktlich um ein viertel vor 11 Uhr passiert er wieder die Haustür. Am Nachmittag des nächsten Tages wird ein kurzer Cafébesuch wiederum des Ehepaares festgestellt. Am 13. Januar gegen 7 Uhr ging er alleine fort und hatte ein Rendezvous mit einer Dame, die nicht seine Ehefrau war, was die Spitzel mit Entrüstung feststellen und was auch das Reichsgericht später angemessen rügt. Die Dame wird von den Kriminalisten zunächst mit sicherem Blick für eine Angestellte des Werks gehalten. Weil sie eine rote Kappe und rote Schuhe trägt, wird sie später von anderen Kriminalisten für eine französische Agentin gehalten.

Am 18. Januar wird ein anderer Kriminalbetriebsassistent mit der Sache betraut, weil Bullerjahn die beiden ihm bis dahin folgenden Schatten zweifellos erkannt hatte. Dieser Beamte, namens Schlaf, führt zunächst eine all-

Ausbeutungswettlauf

bei Opel in Rüsselsheim

Die Firma Opel A.-G. kam auf die glänzende Idee, innerhalb ihres Werkes ein Wettrennen zu arrangieren, zu welchem Zwecke sie

einen silbernen Pokal stiftete.

Dieser Pokal ist ein Wanderpreis, der an jedem Monatsende an diejenige Abteilung geht, die innerhalb eines Monats die beste Qualität, den wenigsten Ausschuß, und auch die entsprechende Quantität geliefert hat. Ein Qualitätswettbewerbkomitee überwacht und prüft die Leistungen der einzelnen Abteilungen und stellt den Sieger fest.

Als erster Preis winkt dann ein Silberpokal, der eine Zeitlang in der betreffenden Abteilung stehen darf, und pro Mann eine Prämie von 6 Mark, der zweite und dritte Sieger eine kleinere Prämie. Dies ist die materielle Seite.

Es kommt aber noch mehr. Zu Ehren der Sieger wird am selben Tage während der Frühstückspause in der Werkskantine

ein Freikonzert für alle Opelproleten gehalten, bei dem sogar sich leitende Personen unter den Arbeitern zeigen. Die Sieger werden nun schön aufgestellt, in ihrer Mitte die, eigens für diesen Zweck hergestellte, „Qualitätswettbewerbafahne“ und auf einer photographischen Platte verewigt.

Diese ganze Zeremonie spielt während der Frühstückspause. Während das übrige Frühstück, müssen die Sieger Zeremonie mitmachen. Ihr bißchen Brot können sie ja in der übriggebliebenen Zeit essen.

Dies sind die Preise, die den Siegern des Wettbewerbs winken.

*

Und wenn jetzt die Opelarbeiter nicht schuffen, bis sie die Schwindsucht haben, dann sind sie undankbare Geschöpfe, die weder das warme Herz der Firma Opel noch den schönen Silberpokal verdient haben.

gemeine Unterhaltung mit dem ehemaligen Korvettenkapitän Pagenstecher im Werk, der ihn über die Persönlichkeit Bullerjahns informiert. Der Beamte berichtet:

„Irgendwelche besondere Angaben... konnte Pagenstecher nicht machen... Er hat Bemerkungen fallen lassen, daß er der Direktion die Meinung gesagt habe und sich nicht scheuen werde, dem Werk unangenehme Dinge an die Öffentlichkeit zu bringen. Eine direkte Drohung hat er aber nicht ausgesprochen.“

Am 21. Januar macht Spallek im Auftrag

der Firma einen Krankenbesuch bei Bullerjahn und stellt fest, daß Bullerjahn mit 39 Grad Fieber im Bett liege. Für den 27. wird eine „Zusammenkunft“, also eine Konferenz der Kriminalbeamten mit den Direktoren Hellwig, Schweitzer und Gebauer, dem Werksjuristen Dr. Meier und Fräulein Hitzgrath, der Privatsekretärin des Generaldirektors im Werk verabredet; sie sollte dem Zweck dienen, zu ermitteln, welche Personen im Werk etwa für eine Vernehmung als Zeugen in Frage kämen. Auch diese „Bespre-

chung“ war gänzlich „ungesetzlich“, denn den Kriminalbeamten mußte klar sein, daß sie so nie ein getreues Bild der ihrer Untersuchung unterworfenen Vorgänge erhalten könnten. Bei dieser ungewöhnlichen Konferenz sind dann allem Anschein nach die von der Werksleitung mit den Angestellten aufgenommenen Protokolle in die Hand der Kriminalpolizei gelangt, wo sie fortan als Unterlagen für die bald danach einsetzenden polizeilichen Vernehmungen der Zeugen verblieben.

(Weitere Artikel folgen.)

Walther Victor verhöhnt Arbeitslose

Berlin, 15. Februar 1932.

In Nr. 37 des „Acht-Uhr-Abendblatt“ leitartikelte Walther Victor, der sich von einem Blatt der „linken“ Sozialdemokratie so konsequent zum bürgerlichen Mosse-Verlag fortentwickelt hat. Da sich der Fall Victor im Hinblick auf die nächste Zukunft oder gar auf die gegenwärtige Haltung der SPD getrost verallgemeinern läßt, können wir nicht umhin, einen besonders charakteristischen Satz aus dem Leitartikel zu zitieren:

„Und so fragwürdig die Argumentation des Arbeitslosen ist, der da sagt: „Leben Sie einmal von der Erwerbslosenunterstützung!“ — etwas Ernsthaftes läßt sich dagegen nicht vorbringen, weil die Massenarbeitslosigkeit eben Gefühle und Stimmungen im Volke auslöst, die sich über alle Grenzen der Vernunft hinweg in einer Politik der Verzweiflung auswirken müssen.“

Victor bezeichnet es als „fragwürdig“, daß ein Erwerbsloser mit 10 oder 15 Mark die Woche eine Familie nicht ernähren könne. Diese ausgewachsene Unverschämtheit erlaubt sich ausgerechnet ein Mensch, dessen politische Wendigkeit unseren Verdacht rechtfertigt, daß Victor niemals Ueberzeugungs-, sondern immer Geschäftssozialist gewesen ist, der heute für einige hundert Mark Mehrverdienst jene Arbeiter beschimpft, die er gestern noch zu vertreten vorgab. Und wenn Victor seine Leitartikel im Namen und im Sinne der Eisernen Geschäftsfrent schreibt, so darf es uns die dazu gehörende SPD nicht verübeln, wenn wir der Ansicht sind, daß sich diese „Arbeiterpartei“ mit den schamlosen Arbeitslosenverhöhnungen durch einen ihrer maßgebenden Anhänger in einem bürgerlichen Blatte identifiziert. Wir haben Kenntnis genommen.

Bombenanschlag auf einen D-Zug

Paris, 15. Februar 1932.

Auf den internationalen Schnellzug Rom-Paris wurde am Sonntagabend in der Nähe von Marseille ein Bombenanschlag verübt.

Der Zug, der nur aus Wagen I. Klasse zusammengesetzt war, befand sich gerade auf einer kurzen Ueberführung, als plötzlich eine weithin hörbare Explosion erfolgte. Die Lokomotive mit Tender löste sich vom Zug und die drei ersten Wagen stürzten eine etwa 8 Meter hohe Böschung hinunter. Die Dunkelheit trug noch zu der allgemeinen Panik unter den Reisenden bei, und man glaubte an eine schwere Katastrophe. Zur allgemeinen Ueberraschung konnte man jedoch recht bald feststellen, daß nur drei Reisende unwesentliche Quetschungen davongetragen hatten. Die Untersuchung hat einwandfrei ergeben, daß es sich um einen Bombenanschlag handelt. Die Schienen sind an der Unfallstelle stark verbogen. Stücke von ihnen wurden mehrere Meter weit fortgeschleudert und sogar die Plattform der Lokomotive hat sich stark gewölbt. Man erinnert daran, daß erst vor wenigen Tagen fast an der gleichen Stelle ein Anschlag auf denselben Zug verübt wurde, bei dem der Zugführer im Postwagen überfallen und beraubt wurde.

Grubenunglück ohne Ende

Kattowitz, 15. Februar 1932.

Auf dem Westfelde II der den Giesche-Werken gehörenden Nickisch-Grube in Janow ist in der Nacht zum Sonntag gegen 1 1/2 Uhr durch eine Gasexplosion ein Kohlenfall eingetreten. Ein Mann wurde getötet, einer schwer und sieben leicht verletzt.

Grubenbrand

Kattowitz, 15. Februar 1932.

Seit Sonnabend abend wütet im Pochhammer-Flöz des Gotthardschachtes in Orcegow, unweit der neuen Grenze, ein Grubenbrand. Obwohl das Vorhandensein von Brandgasen bereits vor etwa 14 Tagen festgestellt wurde und deshalb alle Vorsichtsmaßnahmen ergriffen worden waren, kam es auf noch ungeklärte Weise zur Entzündung der Gase. Im Augenblick schlugen hohe Flammen aus der Schachtöffnung heraus und zerstörten einen Teil des Fördergerüsts. Es gelang dann aber bald, die Schachtöffnung zu schließen. Da auch die Wetterführung eingestellt und damit dem Feuer die Luftzufuhr abgeschnitten ist, hofft man, daß ein weiteres Umsichgreifen des Brandes vermieden werden kann. Immerhin dürfte es noch viele Tage dauern, bis das Feuer vollständig erstickt ist. Die Wasserhaltung der Grube ist durch rechtzeitige Maßnahmen gesichert, so daß ein Ersaufen der Stollen nicht zu befürchten ist. Auch die Sprengstoffkammern sind so gesichert, daß die Gefahr einer Explosion nicht bestehen dürfte. Die Belegschaft war bei Ausbruch des Brandes bereits ausgefahren, so daß Menschenleben nicht in Gefahr gerieten.

Bei den Löscharbeiten haben zwei Mann Brandverletzungen erlitten. Der Sachschaden über Tage wird auf 50 000 bis 60 000 Zloty geschätzt. In welchem Umfang unter Tage Schaden entstand, läßt sich noch nicht übersehen. Die gesamte Belegschaft von etwa 1300 Mann wird voraussichtlich mindestens 14 Tage feiern müssen.

Dynamitanschlag gegen die geschiedene Frau Drei Tote

Göteborg, 15. Februar 1932

Durch einen Dynamitanschlag wurde heute nacht in Göteborg ein Wohngebäude in die Luft gesprengt, in dem mehrere Familien wohnten. Ein 35jähriger Bauarbeiter hatte beschlossen, sich an seiner von ihm geschiedenen Frau zu rächen. Kurz vor 1/3 Uhr warf er ein Paket mit Dynamit durch ein Fenster in ein Zimmer des Hauses, in dem seine Frau wohnte. Eine gewaltige Explosion erfolgte, durch die der größte Teil des Hauses zerstört wurde. Die Rettungsarbeiten gestalteten sich sehr schwierig. Aus den Trümmern wurden drei Tote und sechs zum Teil schwerverletzte Personen geborgen. Den Täter fand man heute vormittag in einem Walde in der Nähe der Stadt tot auf; er hatte Selbstmord begangen.

Metallproleten vergiftet

Nürnberg, 15. Februar 1932

In einer Metallwarenfabrik in der Johannstraße platzte am Montag vormittag ein aus dem Emailierofen führendes Rohr. Durch die entweichenden Gase, wahrscheinlich Kohlenoxyd, wurde die gesamte Belegschaft der Fabrik — 22 Mann — vergiftet. Die Verunglückten wurden in das Krankenhaus eingeliefert. Der größte Teil von ihnen ist glücklicherweise nur leicht erkrankt und wird bereits am Dienstag wieder aus dem Krankenhaus entlassen werden können. Ob bei den übrigen Lebensgefahr vorliegt, steht zur Zeit noch nicht fest.

Die erste Großstadt der Welt vor 5000 Jahren

Nach einem Telegramm Leonhard Woodleys, eines Mitgliedes einer englisch-amerikanischen Expedition, welche in Chaldäa Ausgrabungen durchführt, ist es gelungen, den Ort zu finden, wo die erste bekannte Großstadt der Welt Ur gestanden war. Als wichtigster Fund wird ein Königsgrab mit 18 Mumien bezeichnet, welche mindestens 4700 Jahre unter der Erde ruhen. Ihre Identifizierung ist infolge des Mangels an Dokumenten bis jetzt nicht möglich gewesen.

Brandstiftung bei Coburg

Coburg, 15. Februar 1932.

In dem Dorfe Unterwasungen brach heute am frühen Morgen an zwei verschiedenen Stellen zugleich Feuer aus, das zwei Wohnhäuser, vier Scheunen, vier Stallungen und zahlreiche Nebengebäude einäscherte. Zahlreiches Vieh ist in den Flammen umgekommen. Alle Begleitumstände des Brandes lassen unzweifelhaft darauf schließen, daß er angelegt worden ist.

Brandkatastrophe in USA

Alexandria (Ontario), 15. Februar 1932

In der Hauptstraße ist eine größere Häuserreihe durch einen Brand zerstört worden. Das Feuer, das eine Zeitlang drohte, sich auf die ganze kleine Stadt auszudehnen, ist bereits wieder gelöscht.

Das letzte Mittel



Eine Abordnung westfälischer Arbeitsloser fuhr drei Tage lang in grimmiger Kälte mit dem Fahrrad bis nach Berlin, um dort der Regierung selbst einmal die Wünsche der Arbeitslosen vorzutragen! Der letzte Ausweg Verzweifelter, die Berliner Arbeitslosen haben es aufgegeben, von „ihrer“ Regierung etwas zu erhoffen.

werkschafts- und Genossenschaftsbetrieb
Beschäftigte zur Zahlung eines Beitrages für
die „Eiserne Front“ gezwungen unter der
Androhung ihres Ausschlusses oder ihrer
Entlassung.

Einem solchen Vorgehen braucht sich nie-
mand zu fügen. Es stellt einen Verstoß gegen
die guten Sitten dar und fällt strafrechtlich
unter den Nötigungsparagraphen.
Eine solche Ausnutzung der Arbeitgeberrechte
zu dem Zweck, Abhängige zu politischen
Handlungen zu zwingen, ist bisher stets
von den deutschen Gerichten in der schärfsten
Weise geahndet worden und von der gesamten
Arbeiterbewegung bisher als das gekenn-
zeichnet worden, was es ist:

Eine schimpfliche Vergewaltigung Abhängiger.

Wenn die „Eisernen“ solcher schmutzigen
Mittel bedürfen, um ihre „Front“ herzustellen,
so beweist das, was diese Front und was ihre
Schmiede wert sind. Wer sich solcher Ver-
gewaltigung nicht unterwirft, sondern den
Kampf gegen sie aufnimmt, der hat nicht nur
das geschriebene, sondern auch das moralische
Gesetz auf seiner Seite.

*

Und nun ist die „Rüstwoche“ vorbei. Sie
ist würdig geschlossen worden durch einen
Tanz der „Abwehrfront“. Hier die Einladung:
Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Ortsverein Weißensee.

Im Februar 1932.

Werte Gesinnungsfreunde!

Am Sonntag, den 14. d. Mts., findet in der
Stadthalle, Weißensee, Pistoriusstr. 23, ein
Konzertabend der Reichsbannerkapelle Weiß-
ensee statt. Nach dem Konzert Tanz. Kassen-
öffnung 5 Uhr. Beginn 5 1/2 Uhr. Ende?
Eintritt 60 Pf. inkl. Tanz und Steuer.

Diese Veranstaltung ist als Abschluß der
Rüstwoche für die eiserne Front gedacht.
Alles was zur Stärkung der Abwehrfront
gegen den Faschismus beitragen kann, bitten
wir zu unterstützen. Deshalb, Gesinnungs-
freunde, seid Ihr herzlich willkommen.

Mit Frei Heil

Der Vorstand.

Die „Eiserne Front“, die tanzende Front
rund um Hindenburg — und nun kann der
große Katzenjammer anfangen. Die Proleten
aber müssen nun so schnell und fest wie mög-
lich die kämpfende Front formieren!

Maulhalten!

Diskussion über die „Eiserne Front“ in
der ZdA-Jugend verboten

Berlin, 12. Februar 1932.

In der Funktionärversammlung der ZdA-
Jugend am Donnerstag, den 11. Februar, gab
der Jugendsekretär die Stellungnahme des
Verbandes zur Eisernen Front bekannt. Er
machte es den Funktionären zur Pflicht,
auch wenn es gegen ihre Ueberzeugung

sein sollte,

an Veranstaltungen der Eisernen Front in
ihren Gruppen im Sinne der Verbands-Be-
schlüsse zu propagieren und es allen Jugend-
Mitgliedern zur Pflicht zu machen, die-
selben zu besuchen.

Als einige Funktionäre gegen die Eisernen
Front Stellung nahmen, in Anbetracht der
vorgeschrittenen Zeit aber eine grund-
sätzliche Stellungnahme gegen die Eisernen
Front nicht möglich war, wurde der Antrag
eingebracht, auf der nächsten Funktionär-
versammlung grundsätzlich zur Eisernen
Front Stellung zu nehmen. Die Abstimmung
über diesen Antrag wurde von der Versammlungs-
leitung mit folgender Begründung abgelehnt:

„Eine Diskussion über die „Eiserne Front“
würde für Funktionäre der ZdA-Jugend keine
Bedeutung haben, da an dem nun einmal ge-
faßten Beschluß des Verbands-Vorstandes
doch nichts mehr zu ändern sei und jede
Kritik nutzlos vergeudetete Zeit bedeute.
Außerdem würde die Organisationsleitung das
auch gar nicht zulassen. Diskussionen über
die „Eiserne Front“ sind Späße (!), die
man sich später erlauben kann, die aber in
der heutigen Situation nicht angebracht sind.“

So also schätzt die Gewerkschaftsbüro-
kratie die politische Reife ihrer „Unter-
gebenen“ ein. Hat sie sich nie die Frage vor-
gelegt, wie sie eigentlich mit solch einer
gewalttätig zusammengewürfelten „Front“
kämpfen will? An der Illusion, daß das
ginge, sind schon Ludendorff und Hindenburg
gescheitert!

Eisernes Pech

Berlin, 15. Februar 1932

In einer republikanischen Kundgebung am
Sonntag erklärte der Zentrumsmann Dr.
Spiecker mit einer kräftigen Spitze gegen
Groener, die Linke habe kein allzu großes
Vertrauen zu der politischen Weisheit von
Generälen. Im Anschluß daran begründete
der Chefredakteur des „Vorwärts“ Stampfer,
weshalb die Sozialdemokratie für Hindenburg
als Reichspräsidenten eintritt.

Unseres Wissens ist auch Hindenburg —
General. Und überdies ist Groener sein
engster Freund und politischer Vertrauens-
mann.

Es ist schon verdammt schwer, „Argu-
mente“ für die sozialdemokratische Bankrott-
Politik zu finden, die nicht vom Fluch der
Lächerlichkeit getötet werden, wenn sie kaum
ausgesprochen sind.

SPD bereitet den Hindenburg-Auftritt vor

Hindenburg kandidiert!

Der Stahlhelm macht noch Schwierigkeiten

b. j. Berlin, 15. Februar 1932.

Schon im Lauf des Sonntags hat sich Herr
von Hindenburg, den fortgesetzten Einwirkun-
gen des Reichskanzlers Brüning einerseits, des
Staatssekretärs Meißner andererseits folgend,
dazu bereit finden lassen, im März zu kandi-
dieren, wenn bis Montag vormittag die Stahl-
helmführer wenigstens die Neutralität ihres
Bundes seiner Kandidatur gegenüber erklären,
wenn sie sich mindestens also nicht feindselig
zu ihr stellen würden und wenn andererseits
die endgültige Zusage der Kyffhäuserbunde
erfolge.

Am Montag vormittag ist dann schließlich
der General von Horn im Reichspräsidenten-
hause erschienen und hat ziemlich gequälte
Tropfenrisierungen namens der alten Krie-
gersvereine abgegeben. Der Stahlhelm aber
hielt an seinen Forderungen fest, daß Brüning
gehen müsse, wenn Hindenburg auf seine
Wahlhilfe rechnen wolle.

Am Montag mittag wurde dann in der
Pressekonzferenz der Reichsregierung die Er-
klärung Hindenburgs verlesen, in der er sagt,
daß er die ihm angetragene Kandidatur an-
nehmen werde, da sie ihm ja nicht aus den
Händen der Parteien angeboten werde, son-
dern aus allen Volksschichten der Wunsch laut
geworden sei, ihn wiederum als Reichspräsi-
denten bestätigt zu sehen.

Es war eine schwere Geburt. Noch in den
letzten Stunden vor dem Beginn der Presse-
konferenz schien es durchaus ungewiß, ob die
Cliquenkämpfe die Hindenburg-Kandidatur
nicht doch noch zu Fall bringen würden.
Überall, in Privatwohnungen, in Hotels, in
Weinrestaurants haben in den Nächten vom
Sonntag zum Sonntag und vom Sonntag zu
Montag die Konventikel getagt und beraten.
Über das wichtigste dieser Konventikel ver-
öffentlicht wir einen uns durch Indiskretion
von beteiligter Seite zugegangenen Bericht:

In einem feudalen Berliner Hotel trafen
am Sonnabend zu später Abendstunde die
Herren Seldte, Hitler, Mahraun,
General von Schleicher und Dr. Lüb-
bert zusammen. Der Letztgenannte ist der
Wirtschaftsberater des Stahlhelms und gleich-
zeitig der intime Freund des ehemaligen
Kronprinzen. General von Schleicher ver-
suchte, die Herren Hitler und Seldte zur Ab-
gabe von Neutralitätserklärungen für
Hindenburg zu bewegen und stellte gewisse Kurs-
änderungen in Aussicht.

Brüning würde nach erfolgter
Wahl auch vom Reichspräsidenten
fallen gelassen werden.

Hitler, der augenscheinlich zur Teilnahme
an dieser Konferenz unter ganz anderen Vor-
aussetzungen bestimmt worden war, verließ
nach verhältnismäßig kurzer Frist die Be-
ratung. Die verbleibenden Herren setzten
ihre Unterhaltung noch längere Zeit fort.

Es wurde erreicht, daß auch die Herren Lüb-
bert und Seldte erklärten, für den Fall, daß
die von ihnen mit Nachdruck geforderte poli-
tische Kursänderung, also die Ausschiffung
Brünings, in der Zwischenzeit bewirkt würde,
im zweiten Wahlgang für Hindenburg
Stimmen zu wollen.

Die Stahlhelmführer haben tatsächlich
keinerlei vorbehaltlose Erklärung für Hinden-
burg abgegeben. Sie wollen ihr Ehrenmit-
glied allenfalls „tolerieren“ und ihm nach
seiner von ihnen erwarteten Niederlage im
ersten erst für den zweiten Gang ihre hilf-
reiche Hand leihen, wenn er dann zuvor ihre
Bedingungen erfüllt haben würde.

So ist die Wahlschlacht um die Reichs-
präsidentschaft ein durchaus offenes Spiel.
Die bürgerlichen Arithmetiker, die sich jetzt
unter Einstimmung aller jemals für die Sozial-
demokratie abgegebenen Stimmen auch für
Hindenburg ein Stimmresultat von etwa
18 Millionen für die zweite Amtsperiode
dieses Reichspräsidenten errechnen, dürften
sich täuschen. Sie können auf die Stimmen
der sozialdemokratischen Arbeiter für den
Kandidaten der Bürger nicht rechnen.

In seinem „Montags-Blatt“ macht der
Kapitän a. D. Ehrhardt den witzigen Vor-
schlag, daß sich Hitlers Privatarmee, der
Stahlhelm und auch das Reichsbanner an der
Memel versammeln sollten, um den von ihm
erwarteten „Raubzug“ der Polen auf das
„deutsche Danzig“ mit der Waffe abzuwehren.
Augenscheinlich rechnet er aus seinen Erfah-
rungen von 1919 und 1920 damit, daß ihm,
dem altbewährten Bandenführer, von der Re-
gierung der Oberbefehl in einem neuen Balti-
kum- oder Oberschlesien-Unternehmen anver-
traut werde. Seine gegenwärtige Betätigung
als Herausgeber eines Wochenblättchens ge-
nügt ihm augenscheinlich nicht mehr. Er
strebt nach Höherem. Das Manifest wird er-
gänzt und gerundet durch die Forderung, daß
„sämtliche staatsbehaltenden und nationalen
Parteien“ sich einigen „und auf die Durchfüh-
rung der Präsidentenwahl vorläufig verzichten
sollten“.

Die Vaterländischen gegen Hindenburg

Berlin, 15. Februar 1932

Die Vereinigten Vaterländischen Verbände
teilen mit: „Wir stellen mit Bedauern fest, daß
der Herr Reichspräsident allen Warnungen
zum Trotz sieben Jahre lang im Sinne des
Weimarer Systems regiert hat. Er unter-
schrieb den Youngplan, die Quelle unseres
Elends, unserer Ohnmacht und inneren Un-
einigkeit. Es kann uns somit nicht zugemutet
werden, daß wir noch einmal unsere Stimme
dem Schützer dieses Systems geben.“

Und jetzt Arbeitszeitverlängerung!

Goerdelers Pleite als Preisabbaukommissar
ist längst ein öffentliches Ergebnis und kann
auch vom ihm selber nicht mehr geleugnet
werden. Weit davon entfernt, die Preise in
demselben Ausmaß zu senken wie die Löhne
und Gehälter, schätzt er bis Ende Fe-
bruar, also einschließlich, was noch im
Laufe dieses Monats zu erreichen ist, die seit
Beginn der Aktion auf 8 Prozent. Wie
Goerdeler zu dieser Schätzung kommt, ist sein
Geheimnis. Alle Wahrscheinlichkeit spricht
für einen noch viel geringfügigeren Erfolg.

Aber Goerdeler, der Ende Februar als Preis-
abbaukommissar, hat offenbar an seiner Arbeit
Geschmack gefunden und weil der Preisabbau
die versprochene Wirtschaftsentwicklung nicht
gebracht hat, will er dies nun auf anderem
Wege versuchen. Zu diesem Zwecke soll auch
er ein Arbeitsbeschaffungspro-
gramm ausgearbeitet haben, das als Haupt-
inhalt die Arbeitszeitverlängerung hat. Damit
ist wohl zugleich die Richtung angegeben, in
der sich die neueste Offensive des Unter-
nehmertums bewegen wird.

Der Memelkonflikt in Genf

Genf, 15. Februar 1932.

Im Völkerbundsrat kam am 13. Februar
die deutsche Beschwerde über die Absetzung
des Direktoriumspräsidenten von Memel,
Böttcher, zur Behandlung. Der deutsche
Staatssekretär von Bülow verlas zu diesem
Zwecke ein längeres Schreiben, das den deut-
schen Standpunkt zu dem Vorgehen des litau-
ischen Gouverneurs darlegte. Insbesondere
wurde geltend gemacht, daß es sich bei den
Böttcher zum Vorwurf gemachten Besuchen
in Berlin um eine Privatangelegenheit gehan-
delt habe, woran auch der Umstand nichts
ändere, daß Böttcher sich einen Reisekosten-
vorschuß aus amtlichen Mitteln habe geben
lassen. Das sei eine interne memelländische
Angelegenheit, von Bülow erhob gegenüber
der litauischen Regierung den Vorwurf, „eine
an sich bedeutungslose Angelegenheit als will-
kommenen Vorwand für eine politische Aktion
zu benutzen“ und forderte „Wiedergutmachung
des vorliegenden Rechtsbruchs“.

Für die litauische Regierung stieg
Außenminister Zaunius

ein. Zaunius bestritt die Richtigkeit der
deutschen Darlegung, wobei er besonders auf
den Umstand verwies, daß Böttcher in Berlin
mit dem Auswärtigen Amt verhandelt
habe. Die im allgemeinen gut unterrichtete

„Deutsche Allgemeine Zeitung“
habe am 11. Februar zu berichten gewußt, daß
sich diese Verhandlungen auf die Frage der
Zulage für die Beamten im Memel-
gebiet bezogen hätten. Zaunius erörterte diese
Punkte ausführlich, indem er bis auf die Op-
tionsfrage zurückging und von einem

Bestechungsversuch der deutschen Regie-
rung zur Unterhöhlung des gegenwärtigen
Zustandes sprach.

Die deutschen Zeitungen des Memelgebietes
würden mit deutschem Gelde unterstützt und
der Vizepräsident des Memellandes erhalte
auf ein Konto in Tilsit Summen aus der
deutschen Stiftung. Es sei für die litauische
Regierung unmöglich gewesen, eine neue Pro-
vokation hinzunehmen, die die gemäßregelten
Persönlichkeiten im Einverständnis mit den
deutschen Stellen unternommen hätten. Böt-
tcher habe, offenbar von der Reichsregierung
ermutigt, den Rat zum Rücktritt nicht befolgt.
Deshalb habe ihn der Gouverneur absetzen
müssen.

Heute vormittag sind die Verhandlungen
vertraulich in einem eingesetzten Sonder-
ausschuß fortgesetzt worden, der vermutlich
am kommenden Mittwoch im Völkerbundsrat
Bericht erstatten dürfte.

Sozialdemokratischer Stoßseufzer

„Kyffhäuserbund bleibt treu!“ — Unter
dieser Ueberschrift teilt der „Vorwärts“ mit,
daß der General von Horn Herrn Hindenburg
„erneut das Vertrauen und die Treue der im
Kyffhäuserbund vereinigten alten Soldaten
zum Ausdruck brachte.“ Die Ueberschrift
zeigt, welche Sorge die SPD hatte, sie könne
etwa die Kampfgenossenschaft der Krieger-
vereine im Präsidentschaftswahlkampf ent-
behren müssen.

Eine Posse, wenn es nicht für die Arbeiter-
klasse eine Tragödie wäre!

Wird Hitler Professor?

Braunschweig, 15. Februar 1932

Minister Klages teilte heute mit, daß die
Meldung eines Berliner Montagsblattes über
eine bereits am Freitag vollzogene Ernennung
Hitlers zum Professor für „angewandte Pädä-
gogik“ an der Technischen Hochschule Braun-
schweig nicht den Tatsachen entspreche. —

Also die Ernennung kommt erst noch!

Zweite Rüstungswoche

Die zweite Woche der Genfer Abrüstungs-
konferenz wurde mit einer Rede des türkischen
Abrüstungsministers eröffnet, der sich für
„Rüstungsausgleich in der Abrüstung einsetzte
und die französischen insoweit als interessant
fand, „als sie zur Internationalisierung des
Militärwesens, d. h. zur Abschaffung der
nationalen Armeen führen könnten, die die
beste Förderung der Abrüstung bedeute“.

Der norwegische Delegierte Colban ver-
langte „eine radikale Herabsetzung der Rüs-
tungen“ und Erzeugung des Verbots gewisser
Waffen durch die Kontrolle der Waffenherstel-
lung und des Waffenhandels. Major Branco,
Außenminister von Portugal, meinte, daß die
Rüstungen je nach den Verhältnissen ver-
schieden sein müßten, während der holländische
Außenminister den Konventionsentwurf einer
starken Kritik unterzog. Er forderte ein un-
eingeschränktes Verbot der schweren Angiffs-
waffen, des Gaskrieges und derjenigen Mittel
der Kriegführung, von denen insbesondere die
Zivilbevölkerung betroffen wird. Zu dem
französischen Vorschlag einer internationalen
Polizei bemerkte der Redner, daß solche
Ideen schon früher aufgetaucht, aber an der
Unmöglichkeit ihrer Verwirklichung geschei-
tert seien. Jeder Versuch, das Sanktionsystem
zu verschärfen, würde scheitern, wenn nicht
gleichzeitig eine erhebliche Herabsetzung der
Rüstungen erfolge. Der Redner erhielt von
der Versammlung starken Beifall. Darauf
wurde die Aussprache auf Dienstag vormittag
10 Uhr vertagt.

Japanischer Angriff abgeschlagen

TU. Moskau (über Kowno), 15. Febr. 1932.

Die Telegraphen-Agentur der Sowjetunion
meldet, daß der japanische Angriff gegen
Wusung am Montag abgeschlagen wurde. Die
japanischen Truppen, die nach schwerer Artillerie-
vorbereitung und Vernebelung versuchten,
die Forts zu stürmen, wurden von den Chi-
nesen mit starkem Artillerie- und Maschinengewehr-
feuer empfangen. Es gelang den Chi-
nesen, 1300 japanische Soldaten und Offi-
ziere abzuschneiden und gefangen zu nehmen.
Der Führer der japanischen Sturmkolonne er-
schloß sich bei der Entwaffnung selbst.

Die Japaner setzten ihre Sturmangriffe
fort. 17 japanische Kriegsschiffe nahmen an
der Beschießung teil.

Helfer des Imperialismus

Weißgardistenregiment in Schanghai

TU. Moskau (über Kowno), 15. Febr. 1932.

Nach den Berichten aus Schanghai hat sich
dort als Unterabteilung des von den Behörden
der Internationalen Niederlassung gegrün-
deten Freiwilligenkorps auch ein Regiment
russischer Emigranten, der sogenannten Weiß-
gardisten, gebildet. Dieses Regiment hat die
Genehmigung erhalten, eine Fahne zu führen,
die in den alten russischen Landesfarben ge-
halten ist und lediglich in der Mitte das
Wappen der Stadt Schanghai zeigt.

*

Hände weg von China. Mehrere tausend
Kommunisten veranstalteten am Sonntag am
Trafalgar-Platz in London eine Kundgebung
gegen den japanischen Imperialismus. Sie
trugen rote Fahnen mit den Worten „Hände
weg von China“.

Der Reichstag ist nunmehr endgültig für
Dienstag, den 22. Februar, 15 Uhr, einberu-
fen worden. Auf der Tagesordnung steht
lediglich die „Beschlüßfassung über den
Wahltag für die Wahl des Reichspräsidenten“.

Der Fall Bullerjahn

Die Geschichte eines Justizverbrechens / Berichtet von Berthold Jacob

10. Fortsetzung

Dieser Vorfall gelangt in dem Bericht des Kriminalassistenten Pittelkow am 15. Januar an die Kriminalpolizei. Pittelkow berichtet, ihm sei in Wittenau, wo er sich gelegentlich einer Feststellung in einer Diebstahlsache aufgehalten habe, vom Leiter des Werkssicherheitsdienstes mitgeteilt worden, daß Bullerjahn am Hortswey von Spallek gesehen worden sei. Er fährt fort:

„Es liegt die Vermutung nahe, daß sich B. eine Belohnung für seine Tätigkeit an diesem Abend abholen wollte, denn es wurde vertraulich in Erfahrung gebracht, daß die fragliche Person am 23. 12. 14 bereits eine Belohnung bei der Kommission von Herrn Jost abgeholt hat.“

Der letzte fett gedruckte Passus in dem Bericht des Kriminalbeamten deckt sich auffällig mit einer Aussage, die viel später, nämlich am 6. Februar 1925 die „ungenannte Vertrauensperson“ des Kriminalkommissars Goepner machen wird. Da heißt es zwar noch nicht: „am 23. Dezember“, aber bei sonst gleichem Inhalt: „Wenige Tage vor Weihnachten 1924 erschien Bullerjahn bei der englischen Abteilung der IMKK...“

Merkwürdig diese Übereinstimmung! — Am 8. Januar wird Spallek ein junger Kriminalbeamter zur Beobachtung des Hauses Horstweg Nr. 3 beigegeben. Man rechnet damit, daß Bullerjahn der am Abend des Vortages das Haus nicht betreten hat, wiederkommen werde. Bullerjahn aber erscheint nicht. Der Kriminalbetriebsassistent Kriesel schlägt dem Spallek nun vor, die Beobachtung vor das Haus Bullerjahns zu verlegen. Man fährt dort hin und nun währt mehrere Tage hintereinander die Observation fort. Aber erst am 10. abends wird Bullerjahn zum ersten Male von den beiden gesichtet. Er ist seit dem 8. Januar krank geschrieben und hält sich den Tag über zu Hause auf. Erst eine Viertelstunde vor 9 Uhr abends verläßt er mit seiner Frau das Haus, um ein Kino zu besuchen, und pünktlich um ein viertel vor 11 Uhr passiert er wieder die Haustür. Am Nachmittag des nächsten Tages wird ein kurzer Cafébesuch wiederum des Ehepaares festgestellt. Am 13. Januar gegen 7 Uhr ging er alleine fort und hatte ein Rendezvous mit einer Dame, die nicht seine Ehefrau war, was die Spitzel mit Entrüstung feststellen und was auch das Reichsgericht später angemessen rügt. Die Dame wird von den Kriminalisten zunächst mit sicherem Blick für eine Angestellte des Werks gehalten. Weil sie eine rote Kappe und rote Schuhe trägt, wird sie später von anderen Kriminalisten für eine französische Agentin gehalten.

Am 18. Januar wird ein anderer Kriminalbetriebsassistent mit der Sache betraut, weil Bullerjahn die beiden ihm bis dahin folgenden Schatten zweifellos erkannt hatte. Dieser Beamte, namens Schlaf, führt zunächst eine all-

gemeine Unterhaltung mit dem ehemaligen Korvettenkapitän Pagenstecher im Werk, der ihn über die Persönlichkeit Bullerjahns informiert. Der Beamte berichtet:

„Irgendwelche besondere Angaben... konnte Pagenstecher nicht machen... Er hat Bemerkungen fallen gelassen, daß er der Direktion die Meinung gesagt habe und sich nicht scheuen werde, dem Werk unangenehme Dinge an die Öffentlichkeit zu bringen. Eine direkte Drohung hat er aber nicht ausgesprochen.“

Am 21. Januar macht Spallek im Auftrag

der Firma einen Krankenbesuch bei Bullerjahn und stellt fest, daß Bullerjahn mit 39 Grad Fieber im Bett liege. Für den 27. wird eine „Zusammenkunft“, also eine Konferenz der Kriminalbeamten mit den Direktoren Hellwig, Schweitzer und Gebauer, dem Werksjuristen Dr. Meier und Fräulein Hitzgrath, der Privatsekretärin des Generaldirektors im Werk verabredet; sie sollte dem Zweck dienen, zu ermitteln, welche Personen im Werk etwa für eine Vernehmung als Zeugen in Frage kämen. Auch diese „Bespre-

chung“ war gänzlich „ungesetzlich“, denn den Kriminalbeamten mußte klar sein, daß sie so nie ein getreues Bild der ihrer Untersuchung unterworfenen Vorgänge erhalten könnten. Bei dieser ungewöhnlichen Konferenz sind dann allem Anschein nach die von der Werksleitung mit den Angestellten aufgenommenen Protokolle in die Hand der Kriminalpolizei gelangt, wo sie fortan als Unterlagen für die bald danach einsetzenden polizeilichen Vernehmungen der Zeugen verblieben.

(Weiterer Artikel folgen.)

Walther Victor verhöhnt Arbeitslose

Berlin, 15. Februar 1932.

In Nr. 37 des „Acht-Uhr-Abendblatt“ leitet artikel Walther Victor, der sich von einem Blatt der „linken“ Sozialdemokratie so konsequent zum bürgerlichen Mosse-Verlag fortentwickelt hat. Da sich der Fall Victor im Hinblick auf die nächste Zukunft oder gar auf die gegenwärtige Haltung der SPD getrost verallgemeinern läßt, können wir nicht umhin, einen besonders charakteristischen Satz aus dem Leitartikel zu zitieren:

„Und so fragwürdig die Argumentation des Arbeitslosen ist, der da sagt: „Leben Sie einmal von der Erwerbslosenunterstützung!“ — etwas Ernsthaftes läßt sich dagegen nicht vorbringen, weil die Massenarbeitslosigkeit eben Gefühle und Stimmungen im Volke auslöst, die sich über alle Grenzen der Vernunft hinweg in einer Politik der Verzweiflung auswirken müssen.“

Victor bezeichnet es als „fragwürdig“, daß ein Erwerbsloser mit 10 oder 15 Mark die Woche eine Familie nicht ernähren könne. Diese ausgewachsene Unverschämtheit erlaubt sich ausgerechnet ein Mensch, dessen politische Wendigkeit unseren Verdacht rechtfertigt, daß Victor niemals Ueberzeugungs-, sondern immer Geschäftssozialist gewesen ist, der heute für einige hundert Mark Mehrverdienst jene Arbeiter beschimpft, die er gestern noch zu vertreten vorgab. Und wenn Victor seine Leitartikel im Namen und im Sinne der Eisernen Geschäftsfrent schreibt, so darf es uns die dazu gehörende SPD nicht verübeln, wenn wir der Ansicht sind, daß sich diese „Arbeiterpartei“ mit den schamlosen Arbeitslosenverhöhnungen durch einen ihrer maßgebenden Anhänger in einem bürgerlichen Blatte identifiziert. Wir haben Kenntnis genommen.

Bombenanschlag auf einen D-Zug

Paris, 15. Februar 1932.

Auf den internationalen Schnellzug Rom—Paris wurde am Sonntagabend in der Nähe von Marseille ein Bombenanschlag verübt.

Der Zug, der nur aus Wagen I. Klasse zusammengesetzt war, befand sich gerade auf einer kurzen Ueberführung, als plötzlich eine weithin hörbare Explosion erfolgte. Die Lokomotive mit Tender löste sich vom Zug und die drei ersten Wagen stürzten eine etwa 8 Meter hohe Böschung hinunter. Die Dunkelheit trug noch zu der allgemeinen Panik unter den Reisenden bei, und man glaubte an eine schwere Katastrophe. Zur allgemeinen Ueberraschung konnte man jedoch recht bald feststellen, daß nur drei Reisende unwesentliche Quetschungen davongetragen hatten. Die Untersuchung hat einwandfrei ergeben, daß es sich um einen Bombenanschlag handelt. Die Schienen sind an der Unfallstelle stark verbogen. Stücke von ihnen wurden mehrere Meter weit fortgeschleudert und sogar die Plattform der Lokomotive hat sich stark gewölbt. Man erinnert daran, daß erst vor wenigen Tagen fast an der gleichen Stelle ein Anschlag auf denselben Zug verübt wurde, bei dem der Zugführer im Postwagen überfallen und beraubt wurde.

Brandstiftung bei Coburg

Coburg, 15. Februar 1932.

In dem Dorfe Unterwasungen brach heute am frühen Morgen an zwei verschiedenen Stellen zugleich Feuer aus, das zwei Wohnhäuser, vier Scheunen, vier Stallungen und zahlreiche Nebengebäude einäscherte. Zahlreiches Vieh ist in den Flammen umgekommen. Alle Begleitumstände des Brandes lassen unzweifelhaft darauf schließen, daß er angelegt worden ist.

Brandkatastrophe in USA

Alexandria (Ontario), 15. Februar 1932

In der Hauptstraße ist eine größere Häuserreihe durch einen Brand zerstört worden. Das Feuer, das eine Zeitlang drohte, sich auf die ganze kleine Stadt auszudehnen, ist bereits wieder gelöscht.

Grubenunglück ohne Ende

Kattowitz, 15. Februar 1932.

Auf dem Westfelde II der den Giesche-Werken gehörenden Nickisch-Grube in Janow ist in der Nacht zum Sonntag gegen 1 1/2 Uhr durch eine Gasexplosion ein Kohlenfall eingetreten. Ein Mann wurde getötet, einer schwer und sieben leicht verletzt.

Grubenbrand

Kattowitz, 15. Februar 1932.

Seit Sonnabend abend wütet im Pochhammer-Flöz des Gotthardschachtes in Orcegow, unweit der neuen Grenze, ein Grubenbrand. Obwohl das Vorhandensein von Brandgasen bereits vor etwa 14 Tagen festgestellt wurde und deshalb alle Vorsichtsmaßnahmen ergriffen worden waren, kam es auf noch ungeklärte Weise zur Entzündung der Gase. Im Augenblick schlagen hohe Flammen aus der Schachtöffnung heraus und zerstörten einen Teil des Fördergerüsts. Es gelang dann aber bald, die Schachtöffnung zu schließen. Da auch die Wetterführung eingestellt und damit dem Feuer die Luftzufuhr abgeschnitten ist, hofft man, daß ein weiteres Umsichgreifen des Brandes vermieden werden kann. Immerhin dürfte es noch viele Tage dauern, bis das Feuer vollständig erstickt ist. Die Wasserhaltung der Grube ist durch zeitweilige Maßnahmen gesichert, so daß ein Ersaufen der Stollen nicht zu befürchten ist. Auch die Sprengstoffkammern sind so gesichert, daß die Gefahr einer Explosion nicht bestehen dürfte. Die Belegschaft war bei Ausbruch des Brandes bereits ausgefahren, so daß Menschenleben nicht in Gefahr gerieten.

Bei den Löscharbeiten haben zwei Mann Brandverletzungen erlitten. Der Sachschaden über Tage wird auf 50 000 bis 60 000 Zloty geschätzt. In welchem Umfang unter Tage Schaden entstand, läßt sich noch nicht übersehen. Die gesamte Belegschaft von etwa 1300 Mann wird voraussichtlich mindestens 14 Tage feiern müssen.

Dynamitanschlag gegen die geschiedene Frau Drei Tote

Göteborg, 15. Februar 1932

Durch einen Dynamitanschlag wurde heute nacht in Göteborg ein Wohngebäude in die Luft gesprengt, in dem mehrere Familien wohnten. Ein 35jähriger Bauarbeiter hatte beschlossen, sich an seiner von ihm geschiedenen Frau zu rächen. Kurz vor 1/3 Uhr warf er ein Paket mit Dynamit durch ein Fenster in ein Zimmer des Hauses, in dem seine Frau wohnte. Eine gewaltige Explosion erfolgte, durch die der größte Teil des Hauses zerstört wurde. Die Rettungsarbeiten gestalteten sich sehr schwierig. Aus den Trümmern wurden drei Tote und sechs zum Teil schwerverletzte Personen geborgen. Den Täter fand man heute vormittag in einem Walde in der Nähe der Stadt tot auf; er hatte Selbstmord begangen.

Metallproleten vergiftet

Nürnberg, 15. Februar 1932

In einer Metallwarenfabrik in der Johannisstraße platzte am Montag vormittag ein aus dem Emaillierofen führendes Rohr. Durch die entweichenden Gase, wahrscheinlich Kohlenoxyd, wurde die gesamte Belegschaft der Fabrik — 22 Mann — vergiftet. Die Verunglückten wurden in das Krankenhaus eingeliefert. Der größte Teil von ihnen ist glücklicherweise nur leicht erkrankt und wird bereits am Dienstag wieder aus dem Krankenhaus entlassen werden können. Ob bei den übrigen Lebensgefahr vorliegt, steht zur Zeit noch nicht fest.

Die erste Großstadt der Welt vor 5000 Jahren

Nach einem Telegramm Leonard Woodleys, eines Mitgliedes einer englisch-amerikanischen Expedition, welche in Chaldäa Ausgrabungen durchführt, ist es gelungen, den Ort zu finden, wo die erste bekannte Großstadt der Welt Ur gestanden war. Als wichtigster Fund wird ein Königsgrab mit 18 Mumien bezeichnet, welche mindestens 4700 Jahre unter der Erde ruhen. Ihre Identifizierung ist infolge des Mangels an Dokumenten bis jetzt nicht möglich gewesen.

Ausbeutungswettlauf bei Opel in Rüsselsheim

Die Firma Opel A.-G. kam auf die glänzende Idee, innerhalb ihres Werkes ein Wettrennen zu arrangieren, zu welchem Zwecke sie

einen silbernen Pokal stiftete.

Dieser Pokal ist ein Wanderpreis, der an jedem Monatsende an diejenige Abteilung geht, die innerhalb eines Monats die beste Qualität, den wenigsten Ausschub, und auch die entsprechende Quantität geliefert hat. Ein Qualitätswettbewerbkomitee überwacht und prüft die Leistungen der einzelnen Abteilungen und stellt den Sieger fest.

Als erster Preis winkt dann ein Silberpokal, der eine Zeitlang in der betreffenden Abteilung stehen darf, und pro Mann eine Prämie von 6 Mark, der zweite und dritte Sieger eine kleinere Prämie. Dies ist die materielle Seite.

Es kommt aber noch mehr. Zu Ehren der Sieger wird am selben Tage während der Frühstückspause in der Werkskantine

ein Freikonzert für alle Opelproleten

gehalten, bei dem sogar sich leitende Personen unter den Arbeitern zeigen. Die Sieger werden nun schön aufgestellt, in ihrer Mitte die, eigens für diesen Zweck hergestellte, „Qualitätswettbewerbafahne“ und auf einer photographischen Platte verewigt.

Diese ganze Zeremonie spielt während der Frühstückspause. Während das übrige Frühstück, müssen die Sieger Zeremonie mitmachen. Ihr bißchen Brot können sie ja in der übriggebliebenen Zeit essen.

Dies sind die Preise, die den Siegern des Wettbewerbs winken.

*

Und wenn jetzt die Opelarbeiter nicht schutzen, bis sie die Schwindsucht haben, dann sind sie undankbare Geschöpfe, die weder das warme Herz der Firma Opel noch den schönen Silberpokal verdient haben.

Das letzte Mittel



Eine Abordnung westfälischer Arbeitsloser fuhr drei Tage lang in grimmiger Kälte mit dem Fahrrad bis nach Berlin, um dort der Regierung selbst einmal die Wünsche der Arbeitslosen vorzutragen! Der letzte Ausweg Verzweifelter, die Berliner Arbeitslosen haben es aufgegeben, von „ihrer“ Regierung etwas zu erhoffen.

Feuilleton der SAZ

Frau und Kind in der Sowjetunion

Ein Vortrag Rosa Levinés

In einem Vorort der äußersten östlichen Peripherie Berlins vor einer Arbeiterversammlung schon etwas ländlichen Milieus sprach Rosa Levinés, die Lebens- und Kampfgefährtin zweier so bedeutender Männer wie Eugen Leviné und Ernst Meyer, die beide auf so überaus tragische Weise aus ihrem revolutionären Schaffen gerissen wurden. Rosa Levinés ist bekanntlich die Verfasserin einer ausgezeichneten Darstellung der Münchener Räterepublik, deren Ende mit der Erschießung Eugen Levinés als ein ewiges Schandmal in der Geschichte unserer „demokratischen“ Republik haften bleiben wird.

Die Lösung der sogenannten „Frauenfrage“ in der Sowjetunion. In der kapitalistischen Welt versucht man mit allen staatlichen Machtmitteln durch Schule, Kirche usw., die proletarische Frau vom politischen Leben auszuschalten, um so die Klassenfront auf die Hälfte der proletarischen Bevölkerung zu verkürzen. Es muß zur Ehre der proletarischen Frau gesagt werden, daß sie an allen revolutionären Kämpfen trotzdem instinktmäßig hervorragenden Anteil genommen hat, so in den Barrikadenkämpfen der Pariser Kommune, deren Führerin Luise Michel zu Weltruf in der internationalen Arbeiterbewegung kam. Auch in den Kämpfen der russischen Revolution hat sich die russische Frau, die unterdrückteste Frau der Welt, hervorgetan. Die ersten revolutionären Kämpfe gingen von Frauen aus, die mitten im Kriege für den Frieden demonstrierten und von der zaristischen Polizei mit Bajonetten empfangen wurden.

Nach der Oktoberrevolution und der Uebernahme der Macht durch die Sowjets wurden der Frau — in krassem Gegensatz zu allen kapitalistischen Ländern — die gleichen Rechte auf allen Gebieten eingeräumt wie dem Mann.

Die Frau kann alle Posten im staatlichen und ökonomischen Leben bekleiden wie der Mann. Die Sowjetunion ist auch das einzige Land der Welt, das die Frau in der Ehe und im Familienleben mit dem Manne vollkommen gleichgestellt hat, was um so bemerkenswerter ist, als es sich um die unterdrückteste und sehr rückständige russische Frau handelt, die im zaristischen Rußland unter besonders brutalen Gesetzen lebte (so z. B. die grausamen Strafen wie öffentliche Auspeitschung für Ehebruch in einer Reihe von Gebieten des Vorkriegsrußland).

Aber die gesetzliche Gleichstellung der Frau wäre unvollkommen, wenn sie nicht mit den gleichen sozialen Freiheiten und den gleichen ökonomischen Rechten verknüpft werden.

Die Sowjetunion ist das einzige Land, in dem die Frau denselben Lohn für dieselbe Arbeit erhält wie der Mann.

während sie in den kapitalistischen Ländern die Rolle der Lohnrücken spielen muß. Auch in den sozialen Versicherungen ist die Frau vollkommen gleichberechtigt. Natürlich bemüht man sich, der Frau nur solche Arbeit zuzuweisen, die dem Frauenorganismus und der Konstitution der Frau entspricht. So ist

für Frauen verboten, Lasten tragen über 8 Pfund, Lasten unter Tage und Nachtarbeit. Ein besonderes Kapitel ist der Mutterschutz. Der § 218 ist in der Sowjetunion verschwunden, aber trotzdem kein § 218 besteht, nimmt die Bevölkerung der Sowjetunion ständig zu, während sie in den kapitalistischen Ländern abnimmt, was am besten die Behauptungen der Kirche von der leichtfertigen Schwangerschaftsunterbrechung widerlegt.

Die Sowjetunion erleichtert aber auch die Uebernahme mütterlicher Pflichten in einzigartiger Weise. Der gesetzliche Urlaub erstreckt sich auf 16 Wochen vor und nach der Entbindung bei vollem Lohn. Sechs Wochen vor und sechs Wochen nach der Entbindung darf keine Frau beschäftigt werden. Nach dem fünften Monat der Schwangerschaft ist eine Entlassung aus dem Betrieb, gesetzlich ausgeschlossen. Außerdem erhält die betriebsmäßige Mutter zahlreiche Vergünstigungen wie Lohnzuschläge als Stillgeld, für Kinder- und Kindermädchen usw. In jedem größeren Betriebe befinden sich Kinderkrippen oder -horte, und die jungen Mütter erhalten alle 2½ Stunden eine halbe Stunde Urlaub, um ihr Kind stillen zu können. Wo keine Krippe ist, darf die Frau zu diesem Zweck einmal zwei Stunden den Betrieb verlassen. Für die größeren Kinder gibt es ganz ausgezeichnet geleitete Kindergärten. Um die betriebsmäßige Frau von der Hausarbeit zu entlasten, bestehen in den Betrieben sogenannte Speisehäuser, die nicht mit den hiesigen öffentlichen Speisungen zu vergleichen sind, sondern ganz erstklassige Kost liefern. Besondere Institute bestehen, um die Leistungen dieser Speisehäuser ständig zu steigern.

Ganz besonders anzuerkennen ist die Befreiung der Frau der östlichen Gebiete, in denen Vielweiberei herrschte und die Mädchen mit neun Jahren auf den Märkten verkauft wurden. Dieser in völliger Sklaverei lebenden Frau hat die Sowjetunion unter den stärksten Schwierigkeiten die Gleichberechtigung erkämpft. Die ersten Frauen, die in den Sowjetwahlen teilnahmen, die den Schleier entfernten, wurden erschlagen. Heute ist dieser Zustand völlig überwunden. So ist die Sowjetunion das einzige Land der Welt geworden, das die Gleichberechtigung der Frau von der Theorie in die gesellschaftliche Praxis überführt hat. W. E.

Kleines Feuilleton

Gemälde-Ausstellung eines Irrsinnigen

Der russische Tänzer Nijinski, der ehemalige Partner der Pawlowa, der sich seit Jahren in einer Schweizer Irrenanstalt befindet, hat dort begonnen, sich der Malkunst, für die er schon immer großes Talent gezeigt hatte, zu widmen. In New York wurde nun dieser Tage eine Ausstellung seiner Bilder eröffnet, die nicht nur in ärztlichen, sondern auch insbesondere in Künstlerkreisen außerordentliches Aufsehen erregt und in der gesamten amerikanischen Presse ausführlich besprochen wird.

Ein Schriftsteller verkauft seine Werke vom Karren.

Dem dänischen Schriftsteller Otto Lütken nützen die besten Rezensionen seiner Romane nichts. Obwohl er sich eines guten schriftstellerischen Rufes erfreut, blieben ihm ernste Schwierigkeiten nicht erspart. In seiner bedrängten Lage beschloß er, dem Absatz seiner

Was die „Ente“ erzählt

Wie wir erfahren, soll das Standbild des „Eisernen Hindenburg“ in den nächsten Tagen auf dem Platz der Republik wieder aufgebaut werden. Die Hammerschaften haben sich bereit erklärt, den Dienst am Denkmal zu übernehmen.

Unser Sonderberichterstatter in Hannover meldet uns, daß Gustav Noske aus der Sozialdemokratischen Partei ausgetreten ist und seinen Uebertritt zur NSDAP vollzogen habe. Er hat seinen Vornamen Gustav bereits in O s a f abgeändert.

Clemenceau stand auf dem Standpunkt, daß für den Posten des Präsidenten der Republik gerade der Dummste gut genug sei. Aber auch für die Minister, die unter ihm dienten, hielt er Dummheit geradezu für eine Gottesgabe. Ueber einen seiner Minister, den er sich doch selbst ausgesucht hatte, urteilte er einmal Freunden gegenüber und seufzte: „Ach, er ist ein Idiot!“ Jemand warf ein: „Dann ist das Ihre Schuld. Warum haben Sie ihn denn genommen?“ Clemenceau zögerte erst mit der Antwort, dann brach er los, Jubel

in der Stimme: „Kennen Sie denn einen, der noch dümmer ist?“

Nachdem man Anatole France den Nobelpreis überreicht hatte, gab man natürlich ihm zu Ehren ein herrliches Diner, an dem auch Mitglieder des schwedischen Hofes zugegen waren.

Während des Essens wendet er sich plötzlich an seinen Nachbarn, einen schwedischen Dichter, und fragt:

„Sagen Sie mal: wer ist der Herr da drüben?“

„Das ist unser Ackerbauminister“, flüstert der Schwede.

„Unmöglich“, sagt Anatole France kopfschüttelnd. „Das soll ein Ackerbauminister sein? Der Mann kann ja noch nicht mal eine Birne schälen.“

Man erzählte, ein Kapuziner-Mönch sei von Wölfen angefallen und gefressen worden. „Die armen Tiere!“ bemerkte Sophie A. nould. „Der Hunger muß doch etwas Entsetzliches sein.“

(Aus dem Berliner satirischen Wochenblatt „Die Ente“.)

Bücher nachzuhelfen, und er tat dies auf eine originelle Weise. Er lud seine verschiedenen Romane auf einen Handkarren und durchzog mit ihm die verkehrsreichen Straßen Kopenhagens, wobei er seine „Ware“ mit lauter Stimme anpries. Eine ganze Weile blieb er unbehelligt. Schließlich griff aber die Polizei ein und untersagte den Weiterverkauf. Immerhin hatte der ungewöhnliche Schritt des notleidenden Schriftstellers die beabsichtigte Wirkung, und die Aufmerksamkeit des Lesepublikums war geweckt. Der Erfolg dieser Selbsthilfe blieb nicht aus. Die Nachfrage nach den bisher stark vernachlässigten Büchern Lütkens ist so stark gestiegen, daß bei einigen sogar eine Neuauflage notwendig wurde.

Das Gendarmloch

oder: Karriere Made in Germany

Man stammt aus einer kleinen Stadt mit Markt und Apotheke. Das Leben geht nicht immer glatt, es geht verschlungene Wege.

Man lernt ein Handwerk, brav und bieder, man pinselt hoch, man pinselt breit. Das Pinseln geht in Mark und Glieder, der Mensch kriegt mit den Pinseln Aehnlichkeit.

Doch Ehrgeiz schwellt des Pinslers Busen. Vor einer Front sieht er sich lächelnd paradien.

Männer in gleichen Hosen und Blusen — Machtdiäkel, abgeguckt von Offizieren.

Aus Bemmen nach München. Das Bier verleiht patriotische Kraft. Alldort verlernt man das Häusermauertünchen nach einem Putsch in milder Haft.

Nun hat man schon Namen. Nun los mit der Rettung des heißgeliebten Vaterlands. Man organisiert in weiser Verkettung Mannen voll Mut vom Kopf bis zum Schwanz.

Man braucht auch Geld. Den Schatz des Rheins hebt man aus Duisburg und Umgebung. Man braucht ein Programm. Man braucht gar keins.

Die Hauptsache ist: Nationale Befebung. Der Traum erfüllt sich. Reihen marschieren, Mäuler brüllen, Hände recken. Nur dumm, um als Oepperster zu optieren, muß man in Amt und Würden stecken.

Es gibt auch ein Pöstchen. Harmlos und warm.

Das ginge. Man spart Formalitäten. Man wird ein deutscher Reichszendarm und kann als Deutscher vor die Deutschen treten.

Einst führt man, so Gott will, die Brauhemdkinder vor jenes Großen Denkmalsstein: „Hier steht ihr unsres Reichs Begründer, an den ganz Deutschland gläubig glaubt. Statt einem blonden Glorienschein trägt er den Schupotschako auf dem edlen Haupt.“

Es gibt, man kann das nicht bestreiten, in Deutschland immerhin noch Möglichkeiten. Siegmund Teuterrich.



Copyright by Neuer Deutscher Verlag, Berlin W 8

17. Fortsetzung.

„Das geht dich nichts an.“ „Und wie du auf die Idee gekommen bist, dich werden zu wollen, das möchte ich auch wissen.“

„Sei nur nicht gar so neugierig, von mir kennst du nicht mehr erfahren als das, was ich selbst sagen will.“

„Willst du nicht mit mir spazieren gehen, wir könnten draußen besser miteinander sprechen als hier, wo es immer wieder Leute gibt, die Gespräche zuhören möchten, die nicht für ihre Ohren bestimmt sind.“

Shirley überlegt, was sie tun könnte. Ihr wird es wirklich immer ungemütlicher: es scheint, daß man sie beobachtet. Aber sie kann zu keinem vernünftigen Gedanken kommen. Was soll nur aus ihr werden? Heute früh war sie so fest von ihrem Glück überzeugt — und jetzt? Nein, auch jetzt will sie hoffen; es wird noch alles gut werden, man muß nur wollen.

„Nun, willst du nicht kommen? Ich hätte gern noch mit dir gesprochen.“

Fritz steht dicht neben ihr, deren Augen unruhig hin und her wandern.

Plötzlich aber werden sie scharf und wach.

Shirley hat in einem der Personalaufzüge verschiedene Kellner einsteigen sehen.

Dabei entdeckt sie etwas so Ueberraschendes, daß sie nun hinsieht, um noch einen Blick in den Aufzug zu tun.

Sie kann es kaum glauben und doch stimmt es, sie hat sich nicht getäuscht. Der eine Kellner ist ihr Freund. Auf seinen Frack ist eine Nummer geheftet und unter dem Kragen läuft eine schmale silberne Borte.

Sie hat sich vor kurzem noch beunruhigt, weil sie nicht in die Abteilungen der Gäste gelangen konnte, und nun war er hier bei dem Personal, er gehörte zum Personal . . .!

Warum hat er sie belogen, warum hat er ihr nicht die Wahrheit gesagt? Aber er war doch nicht nur Angestellter, er war auch Gast. Sie hat ihn ja oft selbst in seinem Zimmer gesehen. Wie konnte er nun plötzlich Kellner sein? Es gab sicher vieles, wovon er ihr nie erzählt hatte. Aber jetzt, da er einmal Kellner war, konnte er nicht wieder Gast werden; obgleich es überall Türen gibt, die die Reviere des Personals und die der Gäste verbinden, ist es doch nicht möglich, sich in einen Gast zu verwandeln, wenn man als Angestellter gearbeitet hat.

Sie möchte ihn wenigstens schnell noch sprechen, will endlich Gewißheit haben. Aber der Aufzug steigt hoch, entschwindet ihren Augen.

Ja, Herr Fish steigt empor zu dem Ballsaal. Er wird betreut von dem „schönen Alex“, der sich überraschenderweise in jeder Beziehung, sogar in der finanziellen Frage, zuvorkommend zeigt. Er hat sich bereit erklärt, Herrn Fish auf seine Arbeitsstätte zu begleiten und ihn in die Geheimnisse seines

neuen Berufes einzuweißen. Herr Fish nimmt diese Freundlichkeit mit einigem Mißtrauen entgegen. Es gelingt ihm jedoch nicht, der beharrlichen Hilfsbereitschaft des „schönen Alex“ zu entgehen.

„Nun, Shirley O'Brien, willst du nicht mit mir ins Freie?“

Fritz ist beharrlich.

„Nein, ich will nicht ins Freie, ich will hier warten, ich muß etwas Bestimmtes erwarten.“

15.

Der untere Ballsaal, an dessen Ausgestaltung erste Garten- und Innendekorationskünstler beteiligt waren, und in dem das Hochzeitsmahl stattfinden sollte, hatte sich in einen phantastischen, tropischen Urwald verwandelt.

Aus Westindien und Surinam waren Blumen, Sträucher und Bäume samt Wurzeln in besonderen, zu diesem Zweck mit Wärmanlagen versehenen Waggons nach New York transportiert. Man hatte noch mehr getan. Exotische Schmetterlings- und Falterpuppen, die in der Heimat der tropischen Pflanzen sich in diese einzunisten pflegten, wurden gleichfalls mitgeliefert, nicht ohne daß man die Zeit ihres Ausschlüpfens genau berechnet hatte. Alle sollten sich am Hochzeitstage Marjories entpuppen. Das war nicht wenig kostspielig; manche Falter hatten einen Marktwert von Hunderten von Dollar, aber sie sollten einen besonderen Schlager der Hochzeit bilden.

Diese kostspielige Ausgestaltung des Hochzeitsfestes betrachteten aber weder Herr Strong, der mit Vorliebe über einfache Lebensgestaltung Leitartikel schreiben ließ, noch die sparsame Frau Strong als einen Luxus. Es war eine, wenn auch nicht billige, so doch großartige Reklame und als solche geheiligt. Ueber eine so wichtige Hochzeit brachten alle Zeitungen lange Berichte, und es war klug, den Reportern genügend Stoff zu liefern und

die Phantasie des Publikums zu befriedigen. H. W. Strong kennt doch den Rummel.

Der Ballsaal bietet jetzt tatsächlich einen außerordentlichen Anblick. Die Pflanzen sind mit viel Geschick geordnet, die Farben zu einander abgestimmt, die Schmetterlinge und Falter haben sich auch zu der vertraglich festgesetzten Zeit entpuppt und umschweben die Blumen wie lebende Edelsteine.

Die Beleuchtungskörper sind unsichtbar angebracht und sollen zu gegebener Zeit die Farbenpracht der Blumen erhöhen. Die Tische stehen unter blühenden Bäumen.

Orchideen von unerhörter Ueppigkeit und den mannigfaltigsten Formen und Farben gehören noch zu den raresten Blumen, denn man hatte die farbigsten und leuchtendsten bevorzugt. Man huldigte damit dem allgemeinen Geschmack. Die Kleinbürger kauften künstliche Blumen in den Fünf- und Zehncentgeschäften nicht so sehr, weil sie billiger waren als die echten, sondern weil sie buntere Farben hatten.

Nun blühen im Ballsaal die Jasinum ingium, durchsichtige lila Blüten, die einen betäubenden Vanilleduft ausatmen. Grün- gesprenkelte veichenfarbene Falter umgauern sie. Die granatfarbene Granata arbor wird von gleichfarbigen Schmetterlingen mit smaragdgrünen Kreisen belagert.

Falter mit blauen Leibern und durchsichtigen goldfarbenen Flügeln umgeben die Rosen von den karybischen Inseln mit ihren reichen, dichten Blütenblättern in den Farben von vergilbter Elfenbein und von stumpfem Rosa, das man auf alten Altardecken findet. Auch Schmetterlinge, deren einer Flügel giftgrün ist, während der andere auf tabakfarbenem Grund rote, blaue und gelbe Linien aufweist, umschwirren sie.

Auf die Battäste mit langen feuerfarbenen und violetten Blättern lassen sich Schmetterlinge mit irisierenden braunen Flügeln und leuchtendem Rumpf nieder.

An die Arbeiterschaft Gothas!

Proletarier, an die Front!

In der Wirklichkeit fängt die Revolution damit an, daß die große Mehrheit des Volkes und auch der führenden Parteien gegen die dadurch bewirkte Regierung sich erheben und sie stürzen und erst nachdem diese Parteien unter den offiziellen Parteien die noch möglichsten Schritte sich untereinander abgemacht und nacheinander zugrunde gearbeitet haben, erst dann kommt die große Scheidung des Volkes zu Stande und damit die Chance unserer Herrschaft. Wollen wir die Revolution gleich mit ihrem letzten Akte anfangen lassen, so gingen es uns erbärmlich schlecht.

Friedrich Engels

Wohin hat uns der erbitterte Bruderkampf der proletarischen Parteien untereinander in den letzten 10 Jahren geführt? Sind wir durch ihn auch nur einen Schritt auf dem Wege zur Verwirklichung des Sozialismus weiter gekommen? Ja, wir sind in den letzten 15 Jahren proletarischer Bruderkämpfe der „endgültigen bolschewistischen Wahrheit letzter Instanz“ auch nur um einen Schritt näher gekommen? Stellt nicht jeder Kongreß jeder Partei, jedes Jahr erneut „fest“, daß seine Partei immer und allein die „richtige“ theoretische Linie eingehalten, die „richtige“ Taktik vertreten habe, während alle anderen Parteien dagegen entweder Idioten und Verräter, Lumpen und Renegaten, oder aber Renegaten, Verräter, Lumpen und Idioten sind? Idioten, Lumpen und Verräter sind alle anderen aber auf jeden Fall, es fordert allein schon die Partei- und Körperschaftsdisziplin von dir, dies anzuerkennen, wenn du nicht ebenfalls als Renegat geächtet werden willst!

Und die Nutzenanwendung: Müssen wir hilflos zusehen, wenn wir im Gefolge dieses Parteigekränks zersplittert und geschwächt den Mächten des Kapitalismus und des kapitalistischen Staates überantwortet werden? Ist nicht trotz alledem der oberste Grundsatz des marxistischen Sozialismus: Organisation und Aufklärung der proletarischen Massen? Ohne diese keine Eroberung der politischen und wirtschaftlichen Macht in Staat und Gesellschaft!

Wir verkennen durchaus nicht die segensreiche Rolle, die die politischen Parteien in gegebenen geschichtlichen Situationen für den Sieg des Proletariats haben können. Leider haben aber in den entscheidenden Situationen der gesellschaftlichen und staatlichen Umwälzung in Deutschland die politischen Parteien des deutschen Proletariats völlig versagt. Parteigegensätzliche Engstirnigkeit und politische Parteiherrschaft bestimmten zum größten Schaden des gesamten Proletariats ihre „Politik“. Statt uneigennützig und von der höheren Werte des wissenschaftlichen Sozialismus aus die subjektiven Voraussetzungen für den geschichtlich notwendigen Sieg des Proletariats zu schaffen, hat jede Partei selbstsüchtig ihr eigenes Parteiprogramm am Feuer des ewigen Parteihaders zu kochen versucht. Statt das Feuer der Begeisterung für die Verwirklichung des Sozialismus anzufachen, hat der ununterbrochene Bruderkampf die klassenbewußte Arbeiterschaft entpolitisiert, angeekelt und abgestoßen, und damit den siegreichen Vormarsch der Arbeiterschaft unterbunden und auf den Nimmerleinstag verschoben.

Die deutsche Sozialdemokratie hat die schwere historische Schuld auf sich geladen, in der Entscheidungsschlacht zwischen Kapital und Arbeit auf der Seite des Kapitals zu kämpfen. Mit ihrer Hilfe wurde die sozialistische Arbeiterschaft blutig niedergeschlagen. In der „Stunde der Gefahr“ hat sie den Sozialismus verraten und der kapitalistischen Gesellschaft zum Siege verholfen. Wir können hier nur die Tatsachen nackt feststellen, ohne ihre Ursachen zu ergründen. War es feige Furcht vor dem opferreichen Kampfe, war es die egoistische Machtgier und das Bestreben nach materieller Teilhaberschaft an den Pfünden, die der kapitalistische Staat und die kapitalistische Gesellschaft zu vergeben haben? War es Unwissenheit und Mangel an Vertrauen auf die Kraft des Proletariats und zweifelhafter Unglaube an der objektiven Notwendigkeit einer sofortigen sozialistischen Umgestaltung der heutigen Ausbeuter-Gesellschaftsordnung? Oder waren alle diese Gründe zugleich wirksam? Wir können es hier nicht untersuchen! Historische Tatsache ist, die deutsche Sozialdemokratie hat versagt, und wenn sie auch nicht völlig auf der „anderen Seite der Barrikade“ gegen die Arbeiterschaft kämpft, so ist ihre Politik heute doch die festeste Stütze zur Erhaltung der

kapitalistischen Ausbeutergesellschaft, mit der sie in engster Koalition steht. Lächerlich, wenn sie mit spitzfindigen Redensarten die Verantwortung ablehnt, schützend steht sie mit ihren Nebenorganisationen (Reichsbanner usw.) vor der mit monarchistisch-militärischem Geist durchtränkten kapitalistischen Republik!

Hinwiederum hat die Kommunistische Partei Deutschlands an die Stelle klarer marxistischer Erkenntnis der gesellschaftlichen Zustände und Entwicklungstendenzen, eine unwahre, pseudorevolutionäre Phrasologie gesetzt. Während sie mit revolutionär klingenden Schlagworten um sich wirft und ihre gutgläubigen Anhänger mit An die Arbeiterschaft Gothas — 2 Redensarten besoffen macht, festigt sie durch ihre unsinnige Schlagwortpolitik und die Entfesselung des gewissenlosesten Bruderkampfes die kapitalistische Gesellschaft. Ihre Phrasen erschrecken den geübtigsten Spieß und organisieren dadurch seinen erbitterten Widerstand. Politisch wird dadurch der Spieß in die Arme der Nazi-Phrasen getrieben, die Verworfenheit der politischen Zustände nur noch vermehrend.

Dazu kommt, daß die politische Organisation der KPD völlig sektenmäßig entartet und ein Abklatsch der Organisation des Jesuitenordens ist, wie das Dogma von der Unfehlbarkeit seiner Hierarchie mit Stalin als Papst drastisch beweist. Jede ehrliche, durch die Tatsachen gestützte, aber von der gerade herrschenden Auffassung der Parteipapste abweichende Überzeugung ist schlimmerer Unduldsamkeit und Verfolgung ausgesetzt. Dummheit, Größenwahn und die Herrschsucht einer kleinen Clique haben eine einst blühende, zukunftsvolle Bewegung völlig zerstört. Organisatorisch ist die KPD auf ca. ein Viertel ihres früheren Bestandes zusammengeschrumpfen. In Gotha sind von rund 2000 zahlenden Mitgliedern kaum noch 180 zurückgeblieben. Alle „Machtpositionen“, die sie einst in den Massenorganisationen der Arbeiterschaft inne hatte, sind ihr aus den Händen geglitten. Ihr Einfluß in den Betrieben ist gleich Null, für das scharfmacherische Unternehmertum sind sie zur lächerlichen Figur herabgesunken. Die zerstörende Tätigkeit in den Gewerkschaften und der Genossenschaftsbewegung hat ihnen den letzten Rest Vertrauen der denkenden Arbeiter gekostet. Das „Volksblatt“, einst im Stadt- und Landkreis Gotha 14.000 zahlende Abonnenten musternd, ist verschwunden, das Erfurter Stalinpapier, das sich stolz, „Volksblatt“ schimpft, steht in keinem Zusammenhang mit der Gothaer Arbeiterschaft, hat keinerlei Einfluß auf die Öffentlichkeit und vertritt nicht die Interessen der Arbeiterschaft, sondern der deutschen Filiale des Stalinischen Jesuitenordens. Gotha hat kein Arbeiterblatt mehr, die KPD-„Politik“ hat es zerstört und gestohlen!

Neben diesen beiden Arbeiterparteien — SPD und KPD — bestehen noch eine Reihe von Splitterparteien und Gruppen, die aber leider infolge ihrer scholastischen Fundierung praktisch keinerlei Einfluß auf das historische Geschehen haben. Als Ferment wirken sie z. T. noch ganz nützlich, aber zu einer Massenpartei zu werden, hat keine das Zeug in sich. Der neue Spartakusbund, wie auch der Leninbund, dürften in Thüringen kaum Anhänger haben und die KPD-O ist auf dem besten Wege, wieder in den Schoß der alleinseligmachenden Stalinkirche zurückzukehren. Da die KPD-Armee sowieso nur ein Offizierkorps ohne nennenswerte „Massen“ von Truppen darstellt, wird die Aufnahme der Gruppe in die KPD ohne Einfluß auf die Arbeiterbewegung bleiben.

Die Sozialistische Arbeiterpartei ist eine Hoffnung, zur Zeit aber noch keine Erfüllung unseres Traumes von dem machtvollen Ausbau der deutschen Arbeiterbewegung, der allein den Sieg der Arbeiterschaft garantiert. Die politische Situation, die Friedrich Engels bereits 1882 voraussah, und die in den Worten zum Ausdruck kommt, die wir diesem Artikel als Motto vorgesetzt haben, ist geschichtliche Wirklichkeit geworden. Die „offiziellen Parteien“ der Arbeiterschaft haben sich — leider muß das festgestellt werden — „zugrunde gearbeitet“! „Nun erst kommt die große Scheidung des Volkes zustande“ und unsere „Chance beginnt“, wie Friedr. Engels feststellt.

Nützen wir diese, vielleicht letzte Chance, machen wir aus der Hoffnung eine Erfüllung! In der Zeit furchtbarster Enttäuschung und Hoffnungslosigkeit, in die uns die Unfähigkeit der SPD und KPD hineingetrieben, will eine neue „Hoffnung“ schon etwas sagen. Die SAP wird werden, was die Arbeiter aus ihr zu machen verstehen werden. Stünde auch sie unter der verhängnisvollen „Disziplin“ eines Kadavergehorsams à la Stalinischer Bolschewistenorden, wäre jede Hoffnung vergeblich. Stellt sich die SAP aber unerbittbar auf den Boden des schärfsten Klassenkampfes und führt sie ihn konsequent durch, dann muß sich der Sieg an ihre Fahne heften, angesichts der Zerfahrenheit im Lager der Arbeiterschaft. Schafft die SAP die Vorbedingungen für den Sieg des Proletariats, dann hat sie eine große historische Mission erfüllt, eine Mission, an der KPD und SPD kläglich gescheitert sind.

Freitag, 19. d. M., findet um 20 Uhr abends, im Volkshaus zum Mohren in Gotha die erste öffentliche Versammlung der „SAP“ statt; von der Arbeiterschaft Gothas hängt es ab, sie zu einem Massenaufmarsch der Arbeiterbewegung zu machen. Auf zu neuer Arbeit! Dem Einsatz entspricht der Gewinn!

Argus.

Dortmund

In der Buchdruckerhauptversammlung des Bezirks Dortmund am 14. Februar hatten einige Verbandsmitglieder gegen den Stachel der politischen Neutralität geklickt, indem sie eine Einladung zu der am folgenden Tage stattfindenden Seydewitz-Versammlung vor die Nase zu legen sich erdreistet hatten. Das erregte den heiligen Zorn eines Kollegen-Trios, das zu der SPD in einem finanziellen Verhältnis steht. Der Redner des Tages, der zweite Gauvorsteher Fette, Köln, sprach über die Notverordnungen und scheute sich nicht, die bisherigen Schäden und zukünftigen Gefahren dieser Mißgeburten deutscher „Demokratie“ aufzuzeigen. Aber in seinen Schlussfolgerungen wich er dann (wie erwartet) ab und verteidigte die Tolerierung. Das ist ja auch nicht verwunderlich; sintermalen ein Gewerkschaftsangehänger doch „Disziplin“ zu wahren hat in bezug auf „Linientreue“, wie sie nun einmal von den übergeordneten Instanzen verlangt wird. Interessant ist aber, daß eine gegen die bisherige Gewerkschaftstaktik gerichtete Resolution mit schwacher Mehrheit abgelehnt wurde, obwohl alle fünf Diskussionsredner sich gegen die Tolerierungspolitik ausgesprochen hatten. Es scheint, daß ein Teil der Mitglieder infolge der „Eisernen Front“-Parole seinen alten, schon in die Rumpelkammer gestellten Glauben an eine „wirksame Aktion“ wieder hervorgeholt hat. Man möchte wünschen, daß jene Gläubigen diesmal nicht getäuscht werden. Die Praxis hat allerdings gezeigt, daß die Führung nur dann zur allgemeinen Aktion aufruft, wenn deren eigene Position in Gefahr ist. Gläubige und Ungläubige müssen die Beobachtungsposten einnehmen!

Dulburg

Der SAP gehört das Vertrauen der Arbeitermassen! Am Sonntag vormittag fand die erste öffentliche Versammlung des Distrikts Beckerwerth der Sozialistischen Arbeiterpartei statt, die ein voller Erfolg für die Partei war. Bei Beckerwerth handelte es sich um einen in sich abgeschlossenen Stadtteil mit einer Schachanlage und rundherum nur Werkwohnungen, alles den Vereinigten Stahlwerken gehörend. Ehemals war Beckerwerth eine kommunistische Hochburg, aber durch planlose Streiks hat es diesen Charakter verloren. Alle gewerkschaftliche Leben war dort erstarbt. Die Sozialdemokratie konnte es nie weiter bringen als bis zu 20 Mitgliedern. Diese 20 Mitglieder waren auch vorhanden, als der Parteiauschuß die Genossen Seydewitz und Rosenfeld aus der Partei ausschloß. Von diesen 20 Genossen; die im ständigen Kampf um die Erhaltung der Gewerkschaften auf der Schachanlage standen, und es nicht mit ihrer Gesinnung vereinbaren konnten, daß die Sozialdemokratie den Kurs des kleineren Uebels wählte, traten 18 sofort zur SAP über. Heute zählt die SAP im Distrikt Beckerwerth 47 Genossen und Genossinnen. Der Sozialdemokratie war es nie möglich, eine Sondergruppe zu bilden. Auch hier ist die erste Arbeit geleistet: der sozialistische Jugendverband zählt schon 17 Mitglieder. Nachdem diese Arbeit organisatorischer Art geleistet war, schritt man zur ersten öffentlichen Versammlung, in der Genosse Rosenfeld über „Die Wirtschaftskrise und die SAP“ referierte. Rosenfeld, der selbst unter der Fuchtel des Kapitalismus in den Betrieben zu leiden hatte, verstand es ausgezeichnet, unseren Werkskumpels klarzuzeigen, wie notwendig es ist, in der Arbeiterschaft eine Einheitsfront zu schmieden gegen Kapitalismus und Prätorianergarden des Faschismus. Der kameradschaftliche Geist in dieser Versammlung gibt uns die Gewähr, daß die Arbeiterschaft zur Überwindung des Kapitalismus zusammengeschmiedet wird. Einig in der Parole: „Der Faschismus muß geschlagen werden, ehe er zur Macht kommt!“, wurde am Schluß der Versammlung von allen Anwesenden stehend die Internationale gesungen. Die Versammlung zeigte, daß auch hier die Arbeiterschaft noch nicht den Glauben an den Sozialismus verloren hat, und rausender Beifall dankte dem Redner für seine Worte. Das Ergebnis der Versammlung waren weitere 4 Neuaufnahmen für die SAP.

Ahlen

Das Verbrechen an der Klasse. Trotz der sich ständig verschärfenden Gefahr des faschistischen Angriffs auf das Lebensinteresse des Proletariats, trotz der schikanösen Behandlung der revolutionären Elemente durch die Polizeiapparate kann sich die örtliche KPD noch immer nicht zur Bildung einer wirklichen Einheitsfront bereiftinden. Das bewies erneut die für Sonntag von SAP und KPD einberufene Versammlung, die der Polizei von der KPD in die Hände gespielt wurde. Die Versammlung, die um 10 Uhr beginnen sollte, wurde um 10.20 Uhr von der Polizei geschlossen, weil — der Saal nicht geheizt sei (!) und man von den beiden überwachenden Polizeibeamten nicht erwarten könne, daß sie sich zwei Stunden in einem nicht geheizten Saal aufhalten müssen. Ein kleiner, angrenzender Saal, der geheizt war, wurde von der Polizei als Versammlungsort abgelehnt, weil die Stühle nicht befestigt seien. Proteste unserer Genossen und persönliche Fühlungnahme mit dem Polizeidirektor brachten es zuwege, daß die Versammlung dennoch stattfinden konnte, und zwar in dem kleinen Saal. Dicht gedrängt standen rund 300 Genossinnen und Genossen und hörten die Ausführungen unseres Genossen Katzenstein, Düsseldorf, sowie die des KPD-Genossen Hey, Dortmund, an. Die Ruhe und Disziplin, mit der die Anwesenden beide Referate entgegennahmen, zeigte, wie tief sich der Gedankens der

proletarischen Einheitsfront schon in die Massen eingepreßt hat. Aber: man hatte nicht mit dem sturen Parteiegoismus der fanatischen KPD-Genossen gerechnet, die der Polizei gegen ihre eigenen Klassengenossen Handlangerdienste leisteten. Was an den Protesten und dem Widerstandswillen unserer Genossen gescheitert war, brachte die KPD in fünf Minuten fertig. Denn als die Diskussion eröffnet wurde, hatten sich drei KPD-Genossen zum Wort gemeldet. Da es aber bereits 12 1/2 Uhr geworden war und auf Anweisung der Polizei um 13 Uhr die Versammlung beendet sein mußte, blieb jedem Diskussionsredner 10 Minuten Redezeit. Daß ein Sprengungsversuch seitens der KPD vorgesehen war, kam schon dadurch zum Ausdruck, daß man sich einen auswärtigen Diskussionsredner bestellt hatte. Dieser kam denn auch dem Wunsch seiner Auftraggeber nach: er hatte noch keine 10 Worte gesprochen, da hatte die Polizei schon die Handhabe, die Versammlung aufzulösen. — Den Ahlener Klassengenossen ist hier mit aller Deutlichkeit das Klassenverbrechen der linientreuen KPD-Genossen gezeigt worden. Die KPD hat mit ihrem schädlichen Vorgehen, das keinen Klassengeist verrät, sich selbst den schlechtesten Dienst erwiesen. Wir werden den eingeschlagenen Weg der Sammlung neuer klassenbewußter, revolutionärer Proletarier weitergehen. Das Ziel, das wir uns gesteckt haben, heißt: Befreiung der arbeitenden Klasse aus den Klauen der faschistischen Staats- und Wirtschaftsmethoden!

Mainz

Das erste Auftreten und die ersten „Taten“ der Mainzer „Eisernen Front“! Der letzte Samstag sah die Mainzer „Gußeisernen“ erstmals in der Öffentlichkeit auftreten. Der Saal des „Goldenen Pflug“ — er faßt etwa 600 Personen — war voll besetzt. Doch die Versammelten waren alles „alte Bekannte“. Sie setzten sich zusammen aus den Angehörigen der Groß-Mainzer Reichsbannerortgruppen, der SPD und tolerierungsfreudigen Gewerkschaftssekretären. Daß aber auch zahlreiche Genossen der SAP und KPD im Saal anwesend waren, das bezeugten die Zwischenrufe während der Versammlung, die die „Eisernen“ so außer Rand und Band brachten, daß sie zeitweise ihre eigene Versammlung tumultartig störten. Genosse Fritz Wildung, der Vorsitzende der Zentralkommission für Arbeitersport, den die Mainzer Org.-Leitung der „Eisernen Front“ extra nach Mainz geholt hatte, um die nicht „gehorsamen“ Mainzer Arbeitersportler zur „Räson“ zu bringen, glaubte scheinbar, mit billigen Witzen über die Nazifizierung am besten über die innere Hohlheit der „E.F.“ hinwegtäuschen zu können. Nur schade, Genosse Wildung — denn das haben vor dir schon größere SPD-Kanonen versucht —, hat diese Kampfweise bisher noch nicht vermocht, die Arbeiterschaft aus dem Elend zu erlösen oder den Faschismus zu schlagen. Als der Genosse Wildung auf die Stellung der Arbeitersportler zu der „EF“ zu sprechen kam, bewiesen ihm zahlreiche Zwischenrufe der anwesenden Arbeitersportler, daß diese sich nicht nach Naziant einfach abkommandieren lassen. Die durchaus sachlichen Zwischenrufe brachten die „Gußeisernen“ ganz aus der Fassung. Sie brannten darauf, doch endlich einmal ihre „Stärke“ öffentlich zeigen zu können. Flugs, als ein SAP-Genosse dem Genossen Wildung zurief, daß ja SAP-Leute nicht in die „Eisernen“ aufgenommen werden stürzten etwa 50 bis 60 „Eiserne Frontsoldaten“ herbei, um den Genossen aus dem Saal zu werfen. Nur durch das Dazwischentreten einiger unserer Genossen und des Reichsbannerkreisführers wurde verhindert, daß es in der Versammlung zu Tätlichkeiten zwischen Proleten kam. — Wenn der Zweck und das Ziel der „Eisernen Front“ ist, den Kampf auch gegen die revolutionäre Arbeiterschaft zu führen, dann haben wir uns in dieser Front nicht getäuscht. Das bestätigte aber schließlich auch Genosse Wildung, als er erklärte, daß sie mit den Kommunisten keine gemeinsame Front bilden würden. Für die Einladung des Genossen Wildung, es würden unseren Genossen beim Eintritt in die „Eiserne Front“ Führerposten winken, wenn sie sich bedingungslos der Kampfleitung der „EF“ unterwerfen, danken wir bestens. Uns ist die Überzeugung mehr wert als alle „Posten“. — Wie übrigens die „freundschaftliche“ Einstellung der EF-Leute uns gegenüber aussieht, bewies ein Vorfall nach der Versammlung. Ein übereifriger SPD-Mann entriß einem unserer Genossen vor dem Lokal Handzettel, die zum Besuch einer öffentlichen Versammlung der SAP aufforderten, und drohte schließlich noch mit Prügel, als er zur Rede gestellt wurde...

Organisationsnachrichten

SAP Düsseldorf: Distrikt Bilk: Mittwoch, 17. Februar, 20 Uhr, Mitgliederversammlung bei Köster, Gladbacher Straße. Gen. Katzenstein: „Wie stehen wir zur Einheitsfront!“ Gäste willkommen. — Distrikt Oberbilk: Dienstag, 16. Februar, Versammlung bei Bölling, Ellerstraße. Referent: Genossin Kersting. Beginn 20 Uhr. — Distrikt Oberkassel: Mitgliederversammlung, Mittwoch, 17. Februar, 20 Uhr, im Lokal Vossen, Oberkassel, Bahnhof. Es spricht die Genossin Kersting. — Distrikt Eller: Donnerstag, 18. Februar, Mitgliederversammlung in der Kätzbequelle, Schleisische Straße. Beginn 20 Uhr. Arbeiter-Samirer-Bund e. V., Kolonne Düsseldorf: Samstag, 20. Februar, 19.30 Uhr, im Lokal Dubgen, Lindenstraße, Mitgliederversammlung. Vortrag von Dr. med. Gradnauer, St. dt. Krankenanstalten. Freie Schwimmer Düsseldorf 1910 e. V.: Samstag, 20. Februar, 20 Uhr, im Eigenheim wichtige außerordentliche Mitgliederversammlung. Keine Genossin und kein Genosse darf fehlen.

Lest und verbreitet
die vom Parteivorstand
herausgegebenen Broschüren!

WERB T für die „SAZ“

Sportschau der SAZ

Um die Kreismeisterschaft im Fußball Erstes Schlußspiel um die Nordwestdeutsche

Bei herrlichem Wetter und guten Bodenverhältnissen schlug der Nordgruppenmeister Bremen-Blumenthal den Meister der Südkategorie Hildesheim 1918 mit 5:3, Halbzeit 2:2. Das sehr spannende Spiel fand vor 3000 begeisterten Zuschauern auf dem Friedrich-Ebert-Platz in Bremen statt.

Fortsetzung in Norddeutschland

Hildesheim-Blumenthal 3:5 (2:2)
Am Sonntag wurde auf dem Friedrich-Ebert-Sportplatz in Bremen vor etwa 3000 Zuschauern bei schönem Wetter die Vorentscheidung um die Kreisfußballmeisterschaft gefällt. Beide Mannschaften waren im Feldspiel gleichwertig; wenn auch technisch noch vieles hätte besser sein können. Die Hauptstütze der Blumenthaler lag im Torwart, in der Mitte und im Linksaußen, während Hildesheim über ein paar gute Stürmer und Verteidiger verfügte. Hildesheim hat Anstoß. Nach neun Minuten Spielzeit fällt das erste Tor für Hildesheim. 15 Minuten später stellen die Blumenthaler Stürmer den Ausgleich her. Jetzt sind die Blumenthaler dauernd im Angriff. Den Hildesheimer Stürmern fehlt die Schußfertigkeit im Tor. Eine Minute vor Halbzeit wird der Ausgleich wieder hergestellt.

Die Hildesheimer Mannschaft hat in der zweiten Hälfte merklich nachgelassen. Der Ball wird in einem Gefühl ins Hildesheimer Tor gedrängt. Nach einem längeren Feldspiel fällt wieder ein Tor auf der Hildesheimer Seite. Hildesheim rafft sich jetzt auf, fünf Minuten darauf fällt ein Tor für Hildesheim. Die Roten bekommen nun wieder Mut, aber auch die Blumenthaler drängen jetzt stärker vor, um das Resultat ein paar Minuten vor Schluß auf 5:3 zu stellen. Beide Mannschaften versuchten noch, die letzten Minuten auszunutzen, aber vergeblich.

Naunheim Meister von Hessen-Mittelrhein

Der Provinzvertreter Naunheim blieb im Schlußrundenspiel über den Frankfurter Meister Bockenheim vor 600 Zuschauern mit 3:2 Toren erfolgreich. Beide Mannschaften lieferten ein gutes und gleichwertiges Spiel. Im Spiel Bornheim gegen Egelsbach, den beiden anderen Gruppenmeistern, verlor Egelsbach 0:3. Besonders nach der Pause spielte Bornheim sehr aufopfernd. Das Spiel hinterließ bei den 1000 Zuschauern den besten Eindruck.

Eishockeyländerwettkampf in Lettland

Die deutsche Ländervertretung des Arbeiter-Turn- und Sportbundes e. V. im Eishockey verlor gegen die lettische Länderelf mit 1:2. 1000 Zuschauer erlebten einen jederzeit offenen Kampf.

Trotz Wildung — die Arbeitersportler machen nicht mit!

Die Anwesenheit des Genossen Wildung in Mainz hat nicht vermocht, die Arbeitersportler für die „Eiserne Front“ zu begeistern. Das bewies die Spielerversammlung der Freien Turngemeinde Mz.-Bretzenheim (Fußballer). Die von 40 aktiven Genossen besuchte Versammlung beschloß gegen 3 Stimmen nicht in die „Eiserne Front“ einzutreten. Sondern sich für die Schaffung „proletarische Einheitsfront“ einzusetzen.

Eintracht-Reinickendorf Kreismeister!

Adler 08 5:3 (1:2) überraschend geschlagen

Die Entscheidung ist gefallen! Für viele überraschend, denn wenn auch von allen Seiten die Entscheidung als offen bezeichnet wurde, so glaubten doch die meisten, daß Adlers Stammmannschaft sich durchsetzen würde.

Vor 2000 Zuschauern begann ein zunächst ziemlich langsames, von gegenseitiger Vorsicht beeinträchtigtes Spiel. Eintracht findet sich gar nicht, während Adler sehr häufig günstige Angriffe vortreibt. Die Schüsse sind aber zu schwach. Nachdem die Reinickendorfer sich an den Gegner gewöhnt haben, schaffen sie bedrohliche Situationen vor dem Adler-Tor. Da sie aber zu lange kombinieren, erreichen sie nichts, bis in der 17. Minute eine Ecke, schön hereingegeben, von Dörfer durch Kopfball zum Führungstor für R. verwandelt wird. Kurz danach läuft Wolter, Adlers Linksaußen, in großartiger Weise durch und hebt eine kurze Flanke über den Torwächter ins Tor, so den Ausgleich schaffend. Adler ist sofort wieder in Angriff, Kestenbaum in der Mitte erhält in sehr guter Stellung den Ball und bringt Adler nach 27 Minuten in Führung.

R. spielt jetzt überaus hart und sogar unfair. Mehrere grobe Regelverstöße übersieht der Schiedsrichter. Adler läßt mehrere günstige Gelegenheiten ungenutzt. Wie stark das Spielgeschehen wechselt, geht daraus hervor, daß beim Wechsel ein Eckenverhältnis von 6:4 besteht. Nach Halbzeit läßt die Läuferreihe Adlers, die mit Einschluß des Mittelläufers scheinbar ihren schlechtesten Tag hat, noch mehr nach, und die bei R. so gefürchtete letzte halbe Stunde beginnt. Zunächst hält Schönemann noch eine sogenannte todsichere Sache, der Schiedsrichter übersieht zwei Elfmeter für Adler, dann zeigen die Reinickendorfer ein mustergültiges Zusammenspiel. Die Flügel sind immer wieder ohne jedes Hindernis. In der 25. Minute fällt der Ausgleich. Gleich nach Wiederbeginn ist R.

erneut dicht vorm Torraum der Adler, ein Schuß vom Halbrechten wird von A.'s Verteidiger ungewollt am Torwächter vorbei zum Selbsttor verwandelt. Adler begehrt nun den Fehler, den körperlich schwachen Rechtsaußen in die Verteidigung zurückzunehmen mit dem Erfolg, daß R. einen von ihm schwach abgewehrten Ball verwandeln kann. A. versucht jetzt mit aller Gewalt aufzuholen, und tatsächlich gelingt durch einen schönen Kopfball des Halblinken das 3. Tor. Als aber vier Minuten vor Schluß der Linksaußen R.'s in glatter Seitstellung den Ball erhält, ist die Entscheidung da: er flankt nach rechts, der Torwächter sieht zu, wie am Pfosten im Kampf zwischen Stürmer und Verteidiger der Reinickendorfer den Siegestreffer eindrücken kann.

R. hat bei Würdigung aller besonderen Umstände verdient gewonnen. Ein Teil des Sieges kommt allerdings auf das unfeine Spiel einzelner Leute und die allzu große Nachsicht des Schiedsrichters. Das ist um so mehr zu bedauern, als die Mannschaft ohne bürgerliche Durchbildung und unglaublichen Ausdauer den ersten Kreis weiterhin gut vertreten kann.

Die Mannschaften standen in folgender Aufstellung:

Adler 08: Haring Stark, Schönemann, Müller, Küchenbecker, Kestenbaum, Kucenenber, Dörfer, Rasch, Roske, B. Müller, Lange, Marquardt, Frommhagen, Schummark, Schipplich, Benedikt

Eintracht-Reinickendorf, Minerva I—Saxonia I 4:1 (1:1). M. hat diesen Sieg verdient, denn die Mannschaft war in jeder Phase die bessere Partei. S. trat nur mit zehn Mann an und mußte stark kämpfen, um nicht gleich in Nachteil zu kommen. Nachdem sich S. vervollständigt hatte, gelang es ihnen sogar, das erste Tor zu schießen, aber

Südwest-Leipzig sächsischer Fußballmeister

Niederhaßlau
muß sich 5:1 beugen

Zu dem Spiel, das ein ganz großes zu werden versprach, hatten sich etwa 5000 Zuschauer eingefunden. Zweifellos wurden sie durch Niederhaßlau etwas enttäuscht, man hatte ein anderes Resultat erwartet.

In der ersten Hälfte fanden sich die Niederhaßlauer mit den Bodenverhältnissen schlecht ab, Südwest wurde immer mehr überlegen und konnte bis zur Halbzeit ein 4:0 vorlegen. In der zweiten Hälfte wurden die Niederhaßlauer bedeutend besser, während Südwest nachließ. Der Gegner aus dem Kohlenrevier wurde zweimal sogar außerordentlich aggressiv und kam daher auch zu seinem Ehrentor. Leipzig konnte in dieser Spielhälfte nur noch einmal einsenden, was hauptsächlich seinen Grund darin hatte, daß der Sturm viel zu viel kombinierte.

Alles in allem: man hätte etwas mehr erwartet vom südwestsächsischen Bezirksmeister Niederhaßlau.

Ergebnisse aus Sachsen

Handball

Bezirk Dresden: Coschütz-Löbtau 7:6; Kaditz-Kötzschenbroda 5:6; Pulsnitz-Lötzdorf 2:4; Obersteina-Lichtenberg 3:3; Großröhrsdorf-Demitz-Thumitz 4:5; Königsbrück-Straßgraben 0:2; Zschortau-Gohlis 4:5; Südost-Schkeuditz 4:2; Pausendorf-Südwest 5:1; Ostvorstadt-Großsch 7:7; Eilenburg-Wurzen 6:4; Mockau-Leutzsch 11:1.
Rudolf: Bühlitz-Ehrenberg-Schönefeld 8:4; Schmannewitz-Schleußig 7:7; Wachau-Gautschi 4:4.
Hockey: Oetzsch-Amateure 0:10; Südost-Südwest 2:1; Wurzen-Lindenau 2:1.
Bezirk Mittweida: Siebenlehn-Niederstrigis 6:5; Nossen-Niederstrigis 3:3; Rodwein-Döbeln 0:8; Waldheim-Riesa 2:5.
Bezirk Zwickau: Niederhaßlau-Wilkau 7:3; Planitz-Crimmitschau Turner 4:2.
Bezirk Meißen-Riesa: Grossenhain-Nünchritz 7:2.

M. holte noch bis Halbzeit auf. Durch den guten Boden kam eine ungewollte Härte ins Spiel. M. wurde jetzt stark überlegen und schoß auch noch zwei Tore, und kurz vor Schluß machte der r. L. S.'s noch ein Selbsttor.

Oberspree II—Saxonia II 6:1 (3:0)

ASV. Schöneberg—Wilmerdorf 2:1. Schöneberg sicherte sich im 4. Bezirk durch diesen Sieg über Wilmerdorf das Endspiel um die Bezirksmeisterschaft gegen Woltersdorf.

Weitere Resultate: Ritz 88—Hansa 31 5:4 (2:1). — Lichtenberg 2 II—Vorwärts, Wedding III 2:3 (1:2). — Lichtenberg 2 I—Lichtenberg 1. Bezirk 1:6. — Staaken Jug.—Teltow Jug. 2:1. — Schüler Hansa gegen Drewitz 2:1.

Organisationsnachrichten

SAP

Ortsgruppe Mitte, Dienstag 16. Febr. 1919, Uhr, bei Rega, Ackerstr. 1, Funktion ersitzung.
Ortsgruppe Friedrichshagen, Mittwoch, 17. Febr. 1919, Uhr, im Loba Krugmann, Memeer Str. 63, am Cornersplatz, Ortsgruppenvorstand und alle Abteilungsfunctionäre zur wöchentlichen Besprechung.
Ortsgruppe Prenzlauer Berg, Mittwoch, 17. Febr. 1919, Uhr, Mitgliederversammlung in den Hertha-Festsaal (Herta Saal), Referat Gen. Viktor M. m. a. o.
Ortsgruppe Pankow, Mittwoch, 17. Febr. 1919, Uhr, Mitgliederversammlung bei Letmann, M. H. Str. 38, Ecke Maximilianstr., Wichtige organisatorische Besprechung.
SAP-Bitterhorf, Lebensabend, jeden Donnerstag, 20 Uhr, in der W. Hilschke, W. Hilschkestr. 26. Musikkundige Genossen und Sympathisierende willkommen.
Ortsgruppe Teltow, Donnerstag, 18. Febr. 1919, Uhr, Mitgliederversammlung mit G. sten im „Weißen Schwan“, Ruhldorfer Platz, Referat: „Die Stellung der SAP zur Reichsregierung“.
SAP- und SJV-Sportler Kreisberg, Mittwoch Sitzung „Zum Heideberger“, Arndtstraße 15, Partei- bzw. Jugendausschuss mitbringen.

SJV

Mitteilungen der Bezirksleitung!
Arbeitslosenrat Groß-Berlin. Die Fahrt kann nicht stattfinden, dafür am Mittwoch, pünktlich 11 Uhr, im Jugendheim. Nachmittags, K. u. S. u. S.
Roter Karneval. Karten, die verkauft sind, müssen sofort im Sekretariat abgerechnet werden.
SJV-Sportler. Alle Genossen und Genossinnen 20 Uhr Sekretariat Prenzlauer Allee 24.
Gesamtbeteiligung an allen Jungarbeiterversammlungen. Macht Propaganda für unsere Gesamtveranstaltung am 23. Februar in Klens Festsäle, Klaus Zweiling spricht.

Heute, Dienstag, 16. Februar, 19.30 Uhr:
Balkan „Hugo Haase“, Scapelle Fraen II.
Charlottenburg „Karl Liebknecht“, Arbeitsgemeinschaft.
Friedrichshagen „Rosa Luxemburg“, „Völkerbund und Abzinsung“.
Holmboltzplatz „August Bebel“, Arbeitsgemeinschaft.
Mitte „Rote Pioniere“, Tagespolitisch.
Marienthor „Rote Pioniere“, Arbeitsgemeinschaft.
Aktionsbezirk Nord. Geschlossene Beteiligung an der Jungarbeiterversammlung im „Glaskasten“, Prinzenallee 33.
Unterbezirk Schöneberg-Friedenau. Wir gehen geschlossen zur Versammlung „Picadilly“, Ebersstraße 80.
Neukölln I. Arbeitsgemeinschaft.
Neukölln II. Arbeitsgemeinschaft.
Neukölln III. Arbeitsgemeinschaft.
Neukölln IV. „Wir und der Völkerbund“.
Pankow „Erste Reihe“, Beteiligung an der Versammlung im Glaskasten.
Straßen „Friedrich Engels“, Politische Tagesfragen.
Schönhauser Viertel „Paul Levi“, „Die Ueberwindung des Faschismus“.
Schöneberg-Friedenau. Wir gehen zu Picadilly.
Süd-Ost „Jean Jaurès“, Tagespolitisch.
Trommelhof „Junge Kämpfer“.
Wörther Platz „Matteotti“, Leseabend.
Westen „Lenin“, Wir gehen zu Picadilly.
Westend. Proletarische Festgestaltung.
Weißensee „Karl Marx“, Tagespolitisch.
Wilmerdorf. Picadilly. Jungarbeiterversammlung.
Gruppe August Bebel. Mitgliederversammlung.

Die Roten Falken:
Baitenplatz „Matteotti“, Tilsiter Str. 4—5.
Mitte „Rote Pioniere“, Elisabethenstr. 19.
Schönhauser Viertel „Paul Levi“, Sonnenburger Str. 26.
Straßen „Rote Falken“, Göbnerstr. 61.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil Roland Beutner, für Inserate Johannes Hoffmann.
Verlag Siegel Zeitungs-Verlagsges. m. B. Druck Georg Koenig, sämtlich in Berlin O 27, Magazinstr. 15/16.
„SAZ“ Sozialistische Arbeiterzeitung erscheint täglich außer Montags.
Redaktion: Berlin O 27, Magazinstraße 15/16, Tel. Kupfergraben E 2 2904.
Verlag und Expedition: Berlin O 27, Magazinstr. 15/16, Tel. Kupfergraben E 2 2905.
Bezugspreis für einen Monat durch die Spedition RM 2.40 einschließlich Bestellgeld. Durch die Post bezogen: RM 2.10 und RM — 36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen: RM 2.10 und RM 36 Zustellgebühr. Unter Kreuzband RM 2.10 monatlich zuzüglich RM .30 Porto.
Inseratenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unserer Spezialtarife für die Verbreitungsgebiete.
Alle Zahlungen sind zu leisten an: Siegel Zeitungs-Verlagsges. m. B. H. Berlin O 27, Magazinstr. 15/16, Postscheckkonto Berlin NW 7 Nr. 153 928.

Staats-Theater
Oper U. d. Linden
Dienstag 16. Februar 20 Uhr:
Hugenotten
Schauspielhaus
a. Gendarmenmarkt
Dienstag 16. Februar 20 Uhr:
Cyrano von Bergerac
Schillertheater
Dienstag 16. Februar 20 Uhr:
Ein besserer Herr
Kino für Jedermann
POTS DAMER STRASSE 4
2 Uhr vormittags — 1 Uhr nachts
Marieze-Dietrich-Tonfilm
Herzen in Flammen
mit Adolphe Menjou u. Gary Cooper
Ein Tonfilm aus der Fremdenlegion
Außerdem das erstklassige Beiprogramm

Theater des Weddings
Müller-Etke Sellenstraße
Heute:
Groß-Tonfilm
Yorck
und das reichhaltige öfende Beiprogramm
Dienstag bis Donnerstag:
2 Riesenschlager in einem Programm
Siegfried Jarno:
Ein ausgekochter Junge
Greta Garbo:
Wilde Orchideen
dazu das gute Beiprogramm
Pharus Lichtspiele
Müllerstraße 142
Dienstag bis Donnerstag
Anny Ondra, Georg Alexander
in
Die Fledermaus
nach der unsterblichen Operette von Johann Strauß mit Iwan Pretrowich u. Junkermann
dazu 2. Tonfilm:
Menschen unter der Lupe
mit Willi Schätter
Anfangszeiten: Wochentags 8, 7, 9 Uhr, Sonntags 3, 5, 7, 9 Uhr

Lichtspiele
am Stettiner Bahnhof
Invalidenstraße 127
Tonfilm-Tageskino
Heute:
Hauptmann von Köpenick
und das große Beiprogramm sowie die neueste Fox tönend. Wochenschau
Münz-Theater
Münzstr. 10
Tonfilm-Tageskino
2 Ton-Großfilme
Die Pranke
und
Die spanische Fliege
Elysium-Lichtspiele
Prenzlauer Allee 56
2 Riesenschlager in einem Programm
Felix Bressart in
Der Herr Bürovorsteher
Curt Bois in
Der Schlemihl

HAUS VATERLAND
In allen Sälen Musik und Tanz
im Palmensaal:
Max Ehrlich, Ruth Kuthan
mit den Vaterland-Girls in neuen Tanzszenen, studiert von V. Gsovsky.
Eine musikalische Sensation.
Deutschlands größtes Jazz-Symphonie-Orchester
BETRIEB KEMPINSKI
Mita-Lichtspiel-Palast
Schönhauser Allee 130
Wochentags 3.15 Sonntags 3.15
Kasseneröffnung 1/2 Stunde vor Beginn
Fritz Schulz, R. A. Roberts:
„Die spanische Fliege“
Bühne.
Accordanz-Jungs von der Waterkant
Gastspiel Torbo und Turbelle,
Meisterrollender u. lösender Stablotien
Filmpalast Puhmann
Schönhauser Allee 14b
„Hinter den roten Mauern v. Lich. erle. de“
(Kadetten)
und das gute Beiprogramm

IHR VORTEIL
ist es, wenn Sie noch heute für sich und Ihre Familienangehörigen eine
LEBENSVERSICHERUNG
abschließen. Niedrige Prämienätze, günstige Versicherungsbedingungen und größte Sicherheit bietet Ihnen die
VOLKSFÜRSORGE
Gewerkschaftlich Genossenschaftliche Versicherungsaktiengesellschaft, Hamburg 5, An der Alster 57-61.
Auskunft erteilen die Rechnungsstellen oder der Vorstand der Volksfürsorge, Hamburg 5, a. d. Alster 57-61

Berlin, 14. Februar 1932.

Bonzenball — man verzeihe: wir haben dies Wort nicht erfunden. Sonst würde man wohl sagen, wir seien gehässig. Die Bezeichnung stammt von den Veranstaltern höchst selbst. Sie haben ihren Ball „Bonzenball“ genannt. Und wir geben unten die Original-Einladungskarte in der Photographie wieder. Die Einladungskarten wurden nur im engsten, zuverlässigsten Kreise ausgegeben, und es war uns nicht ganz leicht, eine zu erwischen, damit einer unserer Genossen sich einmal mit eigenen Augen ansehen konnte, wie es auf einem leibhaftigen Bonzenball zugeht. Am Eingang wurden die schönen Einladungskarten eingeworfen und umgetauscht. Man schien üble

Prüfungen verursachen. Walter Maschke, Max Westphal und andere Jugendvertreter beraten bei einer Flasche Eisgekühltem die Möglichkeiten weiterer Aufrufe an die „Deutsche Jugend“. In einer kurzen Begrüßungsansprache wird darauf hingewiesen, daß der Abend besonders

im Zeichen der „Wirtschaftsankurbelung“ stehen soll. Die mit guten Getränken und Bergen von kaltem Aufschnitt beladenen Tische, sowie die mit großen Präsentkörben übersäte Tombola geben ja auch die beste Gewähr für die Befolgung dieser Parole. Auch die Spitzen der sogenannten sozialen Betriebe (Direktor Kulp, Lindcarwerke — Direktor Stein, Maierhütte — und andere) trösten sich

heute einen unlöslichen Bestandteil der kapitalistischen Gesellschaftsordnung darstellt. So wie auf der einen Seite die Proletarisierung gewisser Mittelschichten sich in immer schnellerem Tempo vollzieht, wenn sie sich auch dagegen wehren, in die Arme des Elends hinabgestoßen zu werden — so hat sich auf der anderen Seite aus ehemaligen Proletariern eine neue Schicht herausgebildet, die sich krampfhaft bemüht, die Allüren der Bourgeoisie zu erlernen und nachzuahmen. Man muß dabei gewesen sein, um die Tragik dieser Führerschaft in der deutschen Arbeiterbewegung erkennen zu können. An den Millionen Gewerkschaftsmitgliedern liegt es, dafür zu sorgen, daß so schnell wie möglich mit dem Verschwinden des kapitalistischen Systems auch die Auswüchse dieser Gewerkschaftsbürokratie verschwinden.“

Im Distrikt Beeckerwerth (Duisburg), in dem die SPD nie mehr als 20 Mitglieder bekommen konnte, von denen bei der Spaltung sofort 18 zur SAP übertraten, ist die SAP inzwischen durch intensive Arbeit der Genossen auf 47 Mitglieder angewachsen.

Eine SAJ-Gruppe hatte dort nicht entstehen können, dafür wurde jetzt eine Ortsgruppe des Sozialistischen Jugendverbandes gegründet, der sich 17 Jungarbeiter angeschlossen.

In einer öffentlichen Versammlung der SAP mit dem Genossen Rosendahl wurden abermals vier neue Mitglieder für die SAP gewonnen.

So arbeiten Stahlwerkproleten!

In Dahlenwarleben (bei Magdeburg) wurden in einer einfachen Mitgliederversammlung fünf neue Parteimitglieder gewonnen.

Crimmitschau. Der Sozialistische Schutzbund, gegründet mit 60 Genossen, zählt heute bereits 138 Mitglieder! Eine Steigerung von 120 Prozent!

Erst Sicherheit oder Abrüstung?

Von Otto Lehmann-Rußbüldt

Man behauptet immer, die Diplomatie sei die Kunst, die Gedanken zu verbergen. Dann würde es auch ein Teil dieser Kunst sein, die Gedanken des Gegners zu entschleiern!

Versuchen wir das einmal in bezug auf die Vorgänge in Genf, wo es um unser, Dein und mein Leben oder Tod geht. Denn all der ungeheure Lärm, der dort mit Begriffen wie Abrüstung, Sicherheit, Rüstungsausgleich, Internationalisierung, Souveränität usw. gemacht wird, ist ein Täuschungsmittel, um den Nutznießern am Frieden, nämlich uns, die einfachsten Selbstverständlichkeiten zu verwirren. Besonders wird dies Gaukelspiel jetzt mit den Begriffen „Sicherheit“ und „Abrüstung“ getrieben.

Wie ist es möglich, daß darüber Meinungsverschiedenheiten überhaupt erst aufkommen können? Weil die Eingeweihten es verstehen, hinter banalen Selbstverständlichkeiten entgegengesetzte Absichten und Ziele zu verschleiern. Wenn man den Frieden will, d. h. wenn man den dauernden Frieden für sich verlangt, und ihn d n Nachbar ebenso auch gewährt, so braucht man doch keine Kriegsrüstung, die mit allem Drum und Dran die Hälfte der öffentlichen Lasten aller Völker aufrißt. „Ja,“ wird sofort eingeworfen, „darüber müssen wir erst Gewißheit haben, ob der Nachbar uns nicht überfällt, wenn wir die Rüstung ablegen.“

Das klingt so selbstverständlich, daß deshalb auch immer wieder gedruckt wird. Aber wenn man überhaupt dazu entschlossen ist, die „Sicherheit“, wie die Franzosen sagen, oder die „Landesverteidigung“, wie die Deutschen sagen, in einer wechselseitigen Gesamtverpflichtung, in einer Kollektivsicherung zu suchen, so ist doch der Streit darum, ob erst Sicherheit und dann Abrüstung oder umgekehrt, so lächerlich wie der, ob man bei einem Marsch zu einem Ziel erst mit dem rechten Bein oder erst mit dem linken Bein antreten soll. Auf einem Bein kann man natürlich nicht marschieren. Deshalb wäre Verzicht auf Schutz gleichbedeutend mit Selbstmord — solange man eben einen Feind hat. Aber der notwendige Schutz soll durch die mit einer Vollziehungsgewalt ausgestatteten internationalen Rechtsorganisationen garantiert sein. Diese „Schiedsgerichtsbarkeit“, wie die Franzosen sagen, muß eine Macht sein, eine stärkere sogar als jede andere Macht, weil selbstverständlich auch nach der Abrüstung das Gesetz bestehen bleibt, daß die Macht ohne Recht die Ungerechtigkeit aufrichtet, während Recht ohne Macht zur Ohnmacht des Rechtes wird. Der Unterschied liegt darin, daß die Macht der Zukunft nicht mehr in die Willkür eines einzelnen, sondern in das Gesamtinteresse aller Mächte an der Erhaltung des Friedens gesetzt werden soll.

Würden also alle Konferenzteilnehmer in Genf ehrlich zu diesem öffentlich ausgerufenen Ziel marschieren wollen, so wäre der Streit, ob erst Abrüstung und dann Sicherheit so sinnlos wie der, ob man beim gemeinsamen Marsch erst rechts oder erst links antreten soll. Aber weil alle Teilnehmer mehr oder weniger gegeneinander marschieren wollen und es noch nicht können, so wird irgendeine Neben sächlichkeit zur Hauptsache gemacht, um nach der Kunst der Diplomatie die Gedanken zu verbergen.

Der französische Vorschlag wird wieder einmal in Deutschland von fast allen Seiten bekämpft. Auch in Frankreich von den Sozialisten, obgleich Léon Blum deutlich sagt: „Sicherheit durch Abrüstung und Schiedsgerichtsbarkeit.“

Die Kritik der französischen Sozialisten ist berechtigt, nicht etwa, weil der französische Vorschlag an sich keinen guten Marsch auf dem Wege zur Abrüstung versprechen würde, sondern weil er von vornherein eine spätere Lähmung in sich trägt. Die deutsche Politik will heute zur Abrüstung mit den andern nicht bloß gemeinsam marschieren sondern vom hohen Roß ruft sie ihnen zu: „Ihr müßt nun endlich nachkommen, wir sind ja schon viel weiter mit der Ab-

EINLADUNG

zur dem am Sonnabend, den 13. Februar 1932 in den Gesamträumen des Gewerkschaftshauses, Berlin SO 76, Engelufer 24-25, stattfindenden

GESELLIGEN BEISAMMENSEIN (BONZENBALL)

GEWERKSCHAFTSHAUS G · M · B · H

Beginn 20 Uhr / Eintritt M 1.00

Ahnungen bekommen zu haben. Dennoch gelang es, eine vor dem Umtausch zu retten. Und nun möge der arbeitslose Genosse, der die SAP auf dem Bonzenball vertrat, ohne daß ihn jemand kannte, seine Eindrücke selbst schildern:

„Feuchtkalter Winterabend. An der Ecke des Engelufers, an der sich der Monumentalbau des Gesamtverbandes erhebt, steht ein junger Proletarier und bietet mit blaufrorenen Händen Streichhölzer an. Nur ein paar Schritte weiter, auf dem Hof des Berliner Gewerkschaftshauses, parken die Autos einiger Führer der „Eisernen Front“, die sich auf Einladung der Gewerkschaftshaus-GmbH zu einem „Bonzenball“ eingefunden haben. Schon ein Blick in die Vorhalle genügt, um zu erkennen, daß eine besondere Schicht von Gewerkschaftlern sich hier ein Stelldichein gibt. Der schwarze Anzug und das Gesellschaftskleid dominieren. Dazwischen auch ein paar „kleine“ Funktionäre, die sichtbar erfreut sind, einmal ein paar Stunden im Kreise ihrer „Chefs“ verbringen zu dürfen. Die Dekoration der Räume steht natürlich im Zeichen der Propagierung der „Eisernen Front“. Sehr interessant die bekannten Gesichter. Kuttner, MdL, tröstet sich bei Tangoschritten über die Sorgen hinweg, die ihm die bevorstehenden

auf ihre Art über die momentane, schlechte Geschäftslage hinweg. Jedenfalls spricht aus allen Gesichtern nur der eine Wunsch, daß es doch noch recht lange so bleiben möge, und daß es sich doch ja niemand einfallen lassen möge, die „eiserne“ Ruhe dieser Gesellschaft zu stören.

Eine Einlage einer Laienspielgruppe der FGJ bringt eine Elendsszene, die die Not und die Verzweiflung der Dauererwerbslosen darstellt. Aber die Zuschauer... Während auf der Bühne die Verzweiflung eines Erwerbslosen gezeigt wird, knallen aus allen Ecken des Saales lustig die Pffropfen. Es wäre zu wünschen gewesen, daß alle Arbeiter, die heute noch zur „Eisernen Front“ stehen, Gelegenheit gehabt hätten, einen Blick in die Räume zu werfen, um sich persönlich davon zu überzeugen, wie ihre Führer Kraft und Mut sammeln für kommende Kämpfe.

Wir sind gewiß nicht der Auffassung, daß man heute keine Veranstaltung machen soll, die den Zweck hat, die Nerven der in der Kleinarbeit tätigen Genossen einmal etwas zu entspannen, aber wenn man schon so etwas macht, so muß es schon einen gewissen politischen Sinn haben. Diese Veranstaltung hat bewiesen, daß die Schicht, die sich dort fand,

rüstung.“ Aber daran, daß in England sofort Einspruch erhoben wurde gegen das obligatorische Schiedsgericht, das Frankreich vorschlägt und daß man in Deutschland diesen Einspruch aus England beifällig aufnahm, kann man erkennen, welche Wunschträume die deutsche Militärpolitik hegen mag. Keine der Großmächte will ein Aufgeben der militärischen Souveränität: Deutschland will sie erringen, England gibt sie nicht preis, weil es seine Flotte dem Völkerverbund unterstellen müßte und Frankreich gibt sie nur soweit preis, als es dadurch seine tatsächliche militärische Hegemonie nur um so mehr auch legal im Rahmen des Völkerverbundes verankert.

Bei Deutschland ist's der Neid der besitzlosen, aber robust sich fühlenden Klasse, bei England ist's die Sätturiertheit des noch immer sich solvent fühlenden Besitzbürgers, bei Frankreich ist's das beklemmende Gefühl des weitsichtigen Krösus, der einem anderen etwas kreditieren will, um ihn sich zu verpflichten, was sie alle nicht dazu kommen läßt, ein System von Grund aus zu ändern, das seiner Natur nach immer zu neuen Katastrophen treiben muß.

Am französischen Vorschlag verdient aber ein Umstand besondere Beachtung, der rein militärischer Natur ist. Hiervon aus muß die Sachlage beurteilt werden und nicht nach irgendwelchen sogenannten politischen Gesichtspunkten.

Es ist die Drangabe der schweren Artillerie und der Bombenflugzeuge an eine internationale Macht. Mag das auch noch so stückweise zugestanden sein, mögen da allerlei Nebenabsichten mitsprechen, feststeht, daß die militärische Souveränität gerade dort beeinträchtigt werden soll, wo sie am stärksten verankert ist.

Man lese die Militärliteratur des letzten Jahrzehnts. Überall ist zu lesen, auch in den jüngsten Aufsätzen von englischen Offizieren und englischen Politikern, daß an der Einschätzung der schweren Waffen, der Angriffswaffen, besonders des Luftkrieges der Charakter des Zukunftskrieges hängt. Jeder Generalstabler wird, wenn er ehrlich ist, erklären: „Krieg ohne diese Waffen ist wie Liebe ohne

Erotik. Das liefe ja auf bloße Landesverteidigung hinaus. Dann können Sie die übrigen Waffen gleich einschmeißen.“

Deshalb haben auch die Generalstabler in allen Ländern, die eingesehen haben, daß der moderne Krieg auch im Falle des Sieges teuer ist als jeder mögliche Ertrag, diese schweren Angriffswaffen zunächst den Deutschen verboten und wollen sie jetzt für den Feuerbereich Europas ausschalten. Denn jede Uebernationalisierung setzt gegenseitige legale Kontrolle voraus, womit ein solcher Apparat unwillkürlich zu einer Einheit wird, deren innerer Zusammenhalt immer größer sein wird als ihre inneren Zerwürfnisse. Wenn also die Deutschen die Sachlage richtig ausnutzen, so werden sie neben ihren französischen Kameraden so manches gewichtige Fachwort sprechen können, und sie werden sich nicht schlimmer untereinander befenden, als es die Generalstabler jedes Landes schon sowieso untereinander tun.

Wohl aber liegt in der so entstehenden neuen übernationalen Einheit, zu der der französische Vorschlag den Grund legen kann, die ungeheure Gefahr, daß diese übernationale Macht, wenn sie sich nicht im Innern selbst aufhebt, einen Gegner sucht. Denn es liegt im Wesen jeder militärischen Macht, daß sie einen Gegner haben muß. Sie würde sich ja sonst von selbst abschaffen. Deshalb muß die Losung lauten: Abrüstung. Der französische Vorschlag ist nur dann von Wert für die Völker, wenn er der erste Schritt zur Errichtung einer übernationalen Sicherheit der Nationen ist und wenn er mit der Absicht geschieht, die damit überflüssig werdende Rüstung fortschreitend abzurüsten, d. h. einzuschmelzen. Der französische Vorschlag würde auf anderem Wege dasselbe erreichen, was auch die deutsche These proklamiert: Sicherheit durch Abrüstung. Wenn in dieser Richtung die Generalstäbe Deutschlands und Frankreichs getrennt marschieren, aber vereinigt abrüsten wollen, so sind wir einverstanden. Ob das aber alles so ehrlich gemeint ist, ob nicht die Diplomaten so reden, bloß um andere Gedanken zu verbergen, wird zu erken sein, wenn endlich der gar nicht ernst gemeinte Streit aufgehört hat! Erst Abrüstung! oder Erst Sicherheit!

Hofnachrichten

Potsdam, 14. Februar 1932.

Nachdem der Berliner Gauleiter der NSDAP Herr Goebbels neulich einen besonderen Empfang für den preußischen „Adel“ — damit sind Einwohner mit der ersten Namenssilbe „von“ gemeint — veranstaltet hat, hat nunmehr auch Frau Cäcilie Prinz von Preußen, die Ehefrau des früheren Kronprinzen, Frau Goebbels zu sich eingeladen.

Während Herr Goebbels seine Gäste politisch unterhielt und ihnen besonders die Gefährlosigkeit, ja die Chance einer nationalsozialistischen Regierung für Legitimus und Monarchie auseinandersetzte, hatte der Empfang bei Frau Prinz von Preußen einen mehr gesellschaftlichen, wenn auch von ihr als gemischt empfundenen Charakter.

Hitlers Agrarprogramm Mit Großgrundbesitzern gegen Bauern

Berlin, 14. Februar 1932.

Auf eine persönliche Anfrage des Herrn Fürst Eulenburg, Besitzer des Rittergutes Liebenburg, erklärte Herr Adolf Hitler parteioffiziös:

„Ich denke nicht daran, den vererbten oder sonstwie rechtmäßig erworbenen Grundbesitz, soweit er im Dienste der Allgemeinheit Arbeit leistet und produziert, zu zerstören. Ich habe auch nicht die Absicht, in breitem Umfange auf deutschem Boden zu siedeln.“

Die Frage des Herrn Fürst Eulenburg bildete die Ergänzung einer Rückfrage aus Großgrundbesitzerkreisen, die von der NSDAP um Unterstützung angegangen worden waren. Es handelt sich dabei um den § 17 des Federischen Parteiprogramms, der besagt, daß Bodenbesitz, der nicht sachgemäß bewirtschaftet wird, unentgeltlich zugunsten der Siedlung enteignet werden solle. Um die Beunruhigung der Rittergutsbesitzer hierüber zu zerstreuen, ging ihnen bereits Ende Juli 1931 aus dem Braunes Hause die Antwort zu, daß Großgüter in Deutschland so gut wie überhaupt nicht mangelhaft bewirtschaftet seien; bei dem weitaus überwiegenden Prozentsatz der zur Enteignung reifen Güter handle es sich vielmehr um Kleinbauernhöfe. Den Großgrundbesitzern war also für die Hergabe von Geldspenden als Gegenleistung angeboten worden, Kleingüter zu Rittergütern zusammenzulegen. Diese Auskunft war unterzeichnet von den Herren Walter Darré, dem landwirtschaftlichen Sachverständigen in der Reichsleitung der NSDAP und damit dem präsidenten Landwirtschaftsminister des Dritten Reiches, und von Butlar, dem Stellvertreter des Herrn Hitler in Parteigrundsatzfragen.

Inzwischen aber wurde in Parteiversammlungen der Kleinbauern erklärt, dieses Schreiben sei ohne Kenntnis Hitlers ergangen; dieser sei nach wie vor gemäß dem Parteiprogramm für die Umwandlung schlechthwertiger Rittergüter in Kleingüter. Aus diesem Grunde verlangten die Großgrundbesitzer eine nochmalige persönliche Erklärung des Herrn Hitler, die nunmehr in der oben mitgeteilten Form ergangen ist.

Nazi-Lokal geschlossen

Ein Verkehrslokal der NSDAP in der Stresemannstraße in Hamburg, von dem aus mehrfach Gewalttätigkeiten politischer Art von Nationalsozialisten ausgeführt worden sein sollen, ist für die Dauer von zwei Wochen geschlossen worden.

Europäischer Appell an USA Jouhaux Vorschlag zum Reparations- und Schuldenproblem

Paris, 9. Februar.

Der Vorstand des französischen Gewerkschaftsbundes befaßte sich gestern mit den Problemen der Wirtschaftskrise und der Arbeitslosigkeit. Der Generalsekretär Jouhaux führte aus, die Schulden- und die Reparationsfrage laste auf der Wirtschaft aller Nationen. Er sehe keine andere Lösung als eine Verbindung der beiden Probleme und einen gemeinsamen Appell Europas an Amerika. Jouhaux wandte sich wiederum gegen die Politik der übergroßen Rüstungen und des Wirtschaftskrieges.

Die neueste Parole der SPD

Von Zeit zu Zeit glaubt der „Vorwärts“ einmal zeigen zu müssen, daß die SPD nicht nur toleriert, sondern auch „kämpft“. Nur geschieht es dabei zumeist, daß sie, des Kampfes entwohnt, ihre Tatkraft an die falsche Adresse, nämlich gegen die Proleten, richtet.

Augenblicklich „kämpft“ sie für Preisabbau. Nicht etwa, indem sie den ganzen Schwindel des Preiskommissars schonungslos entlarvt und zeigt, daß bei der Starrheit der Monopolpreise und der Handelsspanne an eine wirkliche Preissenkung gar nicht zu denken ist, sondern indem sie Mittelchen empfiehlt, wie man es machen könnte. In seiner Nummer vom letzten Sonnabend hat der „Vorwärts“ nun das „Hemmnis des Preisabbaus“ entdeckt und teilt es in zweispaltiger Überschrift seinen Lesern mit. Das „Hemmnis“ ist nicht das kapitalistische System, das von der SPD toleriert wird, sondern das Zugabewesen. Die Tafel Schokolade und die Kaffeetasse, die der Krämer für eine genügende Anzahl von Gutscheinen dem Käufer aushändigt, sollen dem Preisabbau ein unüberwindliches Hindernis in den Weg stellen. Darum — o kühne Forderung kämpfender Sozialisten! — fort mit den Zugaben! Nebenbei bemerkt: man hat sich zuerst vergewissert, ob diese „Forderung“ auch erfüllt werden wird — denn man muß ja gelegentlich mal wieder mit einem „Erfolg“ vor die Anhänger treten können. Und Herr Goerdeler hat schon vor einiger Zeit angekündigt, daß er auf dem Wege der Verordnung — wozu er im übrigen gar kein Recht hat — die Zugaben verbieten will.

Und wie steht es nun wirklich? Gewiß wirken die Zugaben preissteigernd, genau wie jede andere Reklame auch. Aber sie haben noch eine andere Wirkung, die ein Arbeiterblatt natürlich nicht interessiert: sie schaffen Arbeit. Der „Vorwärts“ selbst gibt an, daß die im Verband keramischer Werke zusammengeschlossenen Betriebe allein jährlich für etwa 5 Millionen Mark Zugabeartikel herstellen. In der Tat würden allein in diesem Industriezweig rund 10 000 Glas- und Porzellanarbeiter arbeitslos werden, wenn der Wunsch des „Vorwärts“ erfüllt würde. Durch wirtschaftspolitisches Kurpfuschertum Zehntausende von Proletariern auf die Straße setzen — das ist der Weg, den die SPD empfiehlt, wenn sie einmal „aktiv“ wird.

Uns interessiert in diesem Zusammenhang noch eine Frage: auf die Besprechung, die die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels über diese Frage mit dem Preiskommissar hatte, haben auch die Konsumgenossenschaften Einfluß geübt, die schon lange aus Konkurrenzgründen die Zugaben beseitigt sehen wollten. Haben sie sich auch jetzt in diese Front der Arbeitslosigkeitbeschaffung hineingestellt?

Nobile Luftschiffkonstrukteur für die UdSSR. General Umberto Nobile hat in Moskau einen Vertrag für vier Jahre mit der russischen Luftfahrtbehörde als Chefkonstrukteur für den Bau von Luftschiffen abgeschlossen.



Arbeiterhörer prüfen:

Dienstag (Königswusterhausen, Ostmarkensender, Schlesien) 7.20 Uhr: „Arbeitsdienstpflicht?“ Gespräch zwischen Gotthard Sachsenberg, MdR, und Jugendsekretär Walter Maschke. — (Ostmarkensender) 9.25 Uhr: „Die gelbe Kiste.“ Hörspiel von Hans Herrmann. — (Westdeutschland) 7.30 Uhr: „Erfahrungen im freiwilligen Arbeitsdienst.“ Lehrer Hermann Thieke.

Mittwoch (Königswusterhausen) 5.30 Uhr: „Bedeutung der natürlichen und politischen Grenzen.“ 3. Vortrag. Generalmajor Haushofer. — (Berlin) 5.50 Uhr: „Körperliche Freiheit und öffentliche Gewalt.“ Dr. Herbert Fuchs, Rechtsanwalt. — (Schlesien) 9.10 Uhr: „Kabarett erwerbsloser Artisten.“ — (Wien) 6.40 Uhr: „So lebt die Heimarbeiterin.“ Marie Schnittenheim.

Donnerstag (Königswusterhausen) 7.00 Uhr: „Private Wohltätigkeit.“ Gespräch zwischen einer Geheimrätin, einem Generaldirektor und einem Pfaffen. — 8.00 Uhr: „Don Carlos.“ Dramatisches Gedicht von Schiller. — (Ostmarkensender) 7.25 Uhr: „Ueberfallkommando!“ Hörbericht. — (Schlesien) 7.10 Uhr: „Wege zu neuer Gesellschaftsordnung.“ Enzyklika Pius' XI. Quadragesimo anno. — 9.10 Uhr: „Ist der Angeklagte schuldig?“ Hörspiel nach einem franz. Giftmordprozeß. — (Norddeutschland) 6.55 Uhr: „Die Erwerbslosensiedlung als wirtschaftliches und kulturelles Problem.“ — (Westdeutschland) 7.30 Uhr: „Die evangelische Jugend und ihre Organisation.“

Freitag (Königswusterhausen) 7.20 Uhr: „Die leeren Tage des Arbeitslosen.“ — (Berlin) 5.40 Uhr: Filmbesprechung mit jungen Menschen. Es sprechen: Telegraphenbeamter, Angestellter, Student, Werkzeugmacher usw. Besprochen wird: Ben Clairs „Es lebe die Freiheit.“ — (Schlesien) 7.30 Uhr: „Kapitalbewegung oder Kapitalflucht?“ Syndikus Kruse. — (Norddeutschland) 5.20 Uhr: „Das Ohr der Welt.“ Heiteres Hörspiel, Edgar Wallace gewidmet.

Sonnabend (Westdeutschland) 6.20 Uhr: „Das Krümpersystem — ein neuer Versuch zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.“ — (Wien) 8.00 Uhr: „König Lear — Berlin NO.“ Hörspiel.

Um die Bürgersteuer

Ermäßigung für lohnsteuerfreie Arbeitnehmer

In diesen Tagen erscheint im Reichsgesetzblatt eine „Zweite Verordnung zur Durchführung der Bürgersteuer 1931“, die u. a. folgende Bestimmungen über die Einbehaltung der Bürgersteuer bei der Lohnzahlung bringen wird:

„Bei Arbeitnehmern, für die bei der nächsten auf die Fälligkeit folgenden Lohnzahlung ein Steuerabzug vom Arbeitslohn wegen Nichtüberschreitens der Freigrenze nicht einzubehalten ist, ermäßigt sich der an diesem Tage einzubehaltende Teilbetrag der Bürgersteuer auf die Hälfte. Satz 1 findet keine Anwendung, wenn bereits wegen Ermäßigung des Landessatzes nach § 5 Abs. 3 Nr. 1 der Bürgersteuerverordnung auf der Steuerkarte nur der halbe Bürgersteuerbetrag angefordert worden ist.“

Bei der Eilbedürftigkeit der Angelegenheit hat der Reichsfinanzminister in einem Rundverlaß angeordnet, daß schon vor der Verkündung der Verordnung bei der auf den 10. Februar folgenden Lohnzahlung nach der neuen Bestimmung zu verfahren ist. Der Rundverlaß weist darauf hin, daß nach der neuen Verordnung bei der Frage, ob bei der Einbehaltung der Bürgersteuer im Wege des Lohnabzugs nur die Hälfte der Steuer einzubehalten ist, nicht, wie bisher, nur von einer Lohnsteuerfreiheit im Jahre 1930, sondern auch von einer solchen im Jahre 1932 auszugehen ist. Er besagt weiter, daß die Verordnung also lediglich die Steuerpflichtigen

betrifft, die im Jahre 1930 noch soviel verdienten, daß sie nicht einkommensteuerfrei waren, und von denen daher in der Steuerkarte nicht bereits die Hälfte des niedrigsten Steuersatzes angefordert worden ist, während ihr gegenwärtiger Lohn die Lohnsteuerfreigrenze nicht übersteigt. Bei diesen Lohnempfängern ermäßigt sich nach der neuen Verordnung die einzelne Bürgersteuerrate auf die Hälfte des angeforderten Betrages, wenn der Pflichtige bei der maßgebenden Lohnzahlung, von der die Bürgersteuer einzubehalten ist, einen so geringen Lohn erhält, daß von ihm eine Lohnsteuer nicht einzubehalten ist. Daneben bleiben die bisherigen Vorschriften über die allgemeine Freigrenze bestehen, nach denen der Arbeitgeber von der Einbehaltung der Bürgersteuerrate völlig abzusehen hat, wenn der Arbeitslohn, von dem die Rate an sich hätte abgezogen werden müssen, 42 Mark monatlich, 20 Mark vierzehntägig, 10 Mark wöchentlich oder 1,70 Mark täglich nicht übersteigt.

Die Arbeitgeber haben hiernach bei allen Bürgersteuerpflichtigen, deren Arbeitslohn zwar die allgemeine Bürgersteuerfreigrenze, nicht aber die jeweilige Lohnsteuerfreigrenze übersteigt, zu prüfen, ob bereits in der Steuerkarte nur die Hälfte des niedrigsten Steuersatzes angefordert worden ist oder nicht. Ist bereits nur die Hälfte angefordert worden, so ändert sich an der Einbehaltung dieses Betrages nichts. Ist jedoch der volle Betrag an-

gefordert worden (weil der Pflichtige im Jahre 1930 nicht einkommensteuerfrei war), so hat der Arbeitgeber von dem jetzt lohnsteuerfreien Arbeitnehmer nur die Hälfte der angeforderten Rate einzubehalten. Ob der ganze oder bereits nur der halbe niedrigste Steuersatz angefordert worden ist, ergibt sich aus den ersten beiden Sätzen der Bürgersteueranforderung (S. 4 der Steuerkarte 1932). Bei dieser Nachprüfung muß sich der Arbeitgeber gegenwärtig halten, daß der volle niedrigste Landessatz für einen Unverheirateten 6 Mark beträgt. Der volle niedrigste Steuersatz ergibt sich daher dadurch, daß man diesen Betrag (6 Mark) mit dem von der Gemeinde erhobenen Hundertsatz, der in Satz 1 der Bürgersteueranforderung angegeben ist, vervielfacht. Wenn die Bürgersteuer z. B. mit insgesamt 300 v. H. erhoben wird (d. h. mit einem Zuschlag von 200 v. H.), so beträgt der volle Satz also für Unverheiratete 3 mal 6 gleich 18 Mark. Ist der Bürgersteueranforderung in diesem Falle der Betrag von 18 Mark, d. h. also der volle Satz, zugrunde gelegt, so hat der Arbeitgeber bei dem lohnsteuerfreien Arbeitnehmer die einzelne Bürgersteuerrate, die sich aus den bisherigen Anforderungen ergab, zu halbieren. Ist jedoch bei der Bürgersteueranforderung nicht von dem vollen Satze von 18 Mark, sondern von dem halben Satze von 9 Mark ausgegangen, so hat der Arbeitgeber die angeforderten Raten ohne Aenderung einzubehalten.

Die Stellung der Reichsbahnbeamten

Unter dieser Überschrift gaben wir in der Ausgabe vom 11. Februar eine Darstellung über die rechtliche Stellung der Reichsbahnbeamten. Hierzu wird uns noch ergänzend geschrieben:

Was sagen hierzu die Verbände der Beamten? Sie nennen sich stolz „Berufsorganisation“, Fachverband der Weichenwärter und Anwärter usw. Jede Sparte hat ihre besondere Organisation mit dem Vermerk „und Anwärter“. Zu einem bestimmten Zeitpunkt werden diese „Berufsbeamtenverbände“ nur noch aus Anwärtern, also aus Arbeitern, bestehen. Diese Verbände und Verbändchen sind ja so froh, wenn von den heutigen Beamten keine zurückversetzt werden. Denn nur dann ist ihr Berufsbeamtentum gefährdet. Und so neigen sie jede Verschlechterung ihrer Lebenslage und jede Schmälerung ihrer Rechte völlig gleichgültig hin. Gleichgültig darum, weil eben ihre Verbändekönige ihnen vorgaukeln, daß alles in bester Ordnung sei. Erst die Tatsache, daß ein Teil ihrer Kollegen gezwungen wird, in voller Uniform die Arbeit der Streckenarbeiter zu verrichten, läßt sie aufhorchen. Es ist ihnen einfach unfaßbar, wie ein Staat seine Uniform so erniedrigen kann. Sie verstehen nicht, daß sich die Grundlage des Beamtentums, also ihre eigene Grundlage geändert hat. Sie stehen diesen Dingen völlig verständnislos gegenüber und nehmen mit der Fanatikern eigenen, gläubigen Inbrunst die Thesen des Nationalsozialismus von der Schuld des marxistisch-sozialistischen Systems willig an. Die Fachgruppen leiten diese Thesen gegen die freien Gewerkschaften um und ihre Position ist gerettet.

Daß diese Vernebelung der Gehirne dieser zum Proletariat zu zählenden Gruppe gelingt, das ist die große Schuld der Sozialdemokratie und der von dieser leider noch abhängigen freigewerkschaftlichen Beamtenschaft. Nur so ist es zu verstehen, daß die Bestimmung der letzten Notverordnung über die Einstellung doppelter Rentenzahlung beim Inkrafttreten unter den Beamten zur Agitation gegen die freigewerkschaftliche Bewegung der Beamten ausgewer-

Nur keine Überstürzung

Völkerbund auf Vergnügungsreisen

Der Völkerbund hielt es für notwendig, eine Kommission zu wählen, die sich von den augenblicklichen Wirren in der Mandatschüre durch eigene Anschauung überzeugen soll.

Man scheint jedoch zu befürchten, daß diese Kommission durch ihren Besuch auf dem Kriegsschauplatz dem jetzt so hübsch in Gang gekommenen Geschäft der internationalen Rüstungsindustrie ein vorzeitiges Ende bereitet.

Was tun?

Der Kommission war ein Sonderflugzeug zur Verfügung gestellt, das die Herren in einigen Tagen in der Mandatschüre abgesetzt hätte.

Man — lehnt das Flugzeug ab!

Die Reise geht jetzt mit dem Dampfer nach Amerika, mit der Bahn quer durch Amerika, und dann wieder mit dem Dampfer über den Großen Ozean.

So vergehen einige Wochen nur mit der Reise, die japanischen und chinesischen Proleten haben ausreichend Gelegenheit, für das bedrohte Vaterland... usw., und in Genf kann weiter abgerüstet werden.

Man soll bedauern haben, daß der Postkutschenverkehr nach der Mandatschüre abgeschafft ist.

Betrug, Proleten, Betrug wie alles. Wacht auf!

tet wird. Ist dieser Teil der Notverordnung schreiendes Unrecht in einzelnen Fällen, so rundet sich eben das Gesamtbild dieser Notverordnung immer mehr ab und immer deutlicher wird die ganz und gar einseitige Belastung der breiten Volksmassen.

Den hier betroffenen Beamten hat man gnädig erlaubt, freiwillig ihre Beiträge zur Aufrechterhaltung von bereits erworbenen Versicherungsansprüchen weiterzahlen zu können. Jetzt entzieht die Notverordnung ihnen den durch ihre Beiträge erworbenen Anspruch. Bei der Zwangsregulierung der Zinssätze sprach der Reichsfinanzminister Dr. Dietrich von einem Eingriff in Eigentumsrechte und die tolerante SPD jubelte, daß eine rein bürgerliche Regierung „marxistische Grundsätze“ notverordnen müsse, um die kapitalistische Wirtschaft zu retten. Ob in dieser Rentenentscheidung auch „marxistische Grundsätze“ vorhanden sind, wird die SPD wohl nie verraten. Oder weiß man bei der SPD nicht, daß hier auch Beamtentümern die Rente aus der Invalidenversicherung entzogen wurde, obwohl sie durch späte Anstellung und niedere Gehaltsstufe nur etwa 50, in Worten fünfzig Reichsmark, Ruhegehalt bekommen? Vielleicht weiß sie es nicht, aber die Gewerkschaftsabgeordneten sollten es wissen.

Man könnte die Scheinstellung des sogenannten Berufsbeamtentums noch verschieden beleuchten. Wir begnügen uns mit Vorstehendem und stellen fest, daß alle zwangsläufigen Veränderungen der Rechtslage des Beamtentums zwangsläufige Folgen der Veränderungen der kapitalistischen Wirtschaft, nicht des Einflusses sozialistischer Ideen sind. Die SPD, die mit Recht für ihre verfehlte Politik für manches Verantwortung trägt, ist nicht der Träger einer sozialistischen Idee, sondern nur Krankenwärter am Schmerzenslager des Kapitalismus. Die Beamten aber werden erkennen müssen, daß ihre „Berufsbelange“ nur im Klassenkampf auf Seiten der Arbeiterschaft in den freien Gewerkschaften wirksam gewahrt werden können. Die Loslösung dieser freien Gewerkschaften aber von der ideenlosen Politik der SPD ist die Aufgabe der Stunde. Und hier hat die SAP eine wichtige, aber lohnende Aufgabe zu erfüllen.

Kein Moratorium für Bulgarien

Die Völkerbundskommission hat die Notwendigkeit, Bulgarien ein Moratorium zu verschaffen, nicht anerkannt, wodurch die maßgebenden bulgarischen Kreise, die die Lage wesentlich ernster beurteilten, vollkommen überrascht wurden. Es ist nunmehr damit zu rechnen, daß in Bulgarien Einfuhrverbote bzw. eine Devisensperre für den Bezug ausländischer Waren erlassen werden dürften. Verhandlungen mit den ausländischen Anleihegläubigern über eine Herabsetzung des Tilgungsdienstes dürften allerdings erfolglos bleiben.

Sturm im Schwarzen Meer

Moskau, 15. Februar 1932

Nach einer Meldung aus Sebastopol herrscht dort seit zwei Tagen starker Sturm. Die Schiffsverbindungen zwischen Sebastopol und den anderen Häfen sind unterbrochen. Die russischen Funkstationen empfangen ständig SOS-Rufe. Mehrere Kriegsschiffe sind ausgelaufen, um die gefährdeten Schiffe zu retten. Neun Fischerboote, die Sebastopol am 10. d. M. verlassen haben, werden vermißt.

Zollunion im Westen?

In Belgien ist zur Zeit eine Bewegung für Schaffung einer belgisch-französisch-holländischen Zollunion im Gange, die über die Grenzen der Parteien hinweg durch einen gemeinsamen Vorstoß eines Liberalen, eines Katholiken und eines Sozialisten im Parlament Ausdruck gefunden hat.

Das Projekt ist zurückzuführen auf die Gefährdung, in der sich die belgische Handelsbilanz durch den Pfundsturz, die französischen Kontingentierungen und den Rückgang des Exports nach Deutschland von 15 auf 10 Prozent befindet. Der belgische Außenminister Hymans zeigt sich bisher dem Plan wenig geneigt, er will die auf Meistbegünstigung beruhenden Handelsverträge, die durch eine Zollunion beseitigt werden würden, aufrecht erhalten und für die Beseitigung aller europäischen Zollgrenzen arbeiten. Mit diesem Plan hat er sich aber selbst schon in eine Sackgasse begeben, da er schon vor einiger Zeit der Kontingentierung von Kohle und Stickstoff und der Zollerhöhung für Zucker, Getreide, Butter und Fleisch zugestimmt hat. Nach der Einführung der englischen Hochschutzzölle, von denen Belgien eine Ausnahme nicht erreicht hat, sind 12 bis 20 Prozent des belgischen Exports betroffen, so daß der Kredit der belgischen Freihändler stark ins Wanken geraten ist.

Widerstände gegen den Zollunionsplan bestehen vor allem in Frankreich und Holland.

Frankreich hält an seiner Kontingentierungspolitik fest und scheint wenig geneigt, Belgien eine Vorzugsstellung einzuräumen, so daß sogar mit der Möglichkeit einer Kündigung des bestehenden Handelsvertrags zu rechnen ist.

Holland neigt, wie aus verschiedenen Veröffentlichungen hervorgeht, zu einer Zollunion mit Belgien, wie überhaupt mit den durch die Konvention von Oslo zusammengeschlossenen Kleinstaaten, weit weniger aber zu einem Zusammengehen mit Frankreich, dessen Interessen den eigenen weitgehend entgegengesetzt sind.

Sollte das Projekt, was sich im Augenblick noch nicht übersehen läßt, trotz aller Widerstände zustande kommen, so würde es sich um einen Block handeln, der vor allem durch die deutsche und englische Hochschutzzollpolitik zusammengeschnitten wird, trotz der an sich begrüßenswerten Niederreißen einiger Zollmauern innerhalb Europas sich in letzter Instanz doch wieder als eine Gefährdung der europäischen Handelsbeziehungen erweisen müßte.

3,2 Milliarden Francs Defizit

Paris, 15. Februar 1932.

In der französischen Kammer wurde die Aussprache über den Haushaltsplan für 1932/33 fortgesetzt. Haushaltsminister Pietri gab einen knappen Überblick über den neuen Plan und gab zu, daß die dramatische Seite darin liege,

Deckung für mindestens 3,2 Milliarden Franken zu finden, die man schon jetzt als Haushaltsfehlbetrag vorsehen müßte.

Ein sozialistischer Antrag, den Haushalt an den Ausschuß zurückzuverweisen, um ihn später ausgeglichen wieder einzubringen, wurde vom Ministerpräsidenten mit Stellung der Vertrauensfrage beantwortet. Nach langwierigen Abstimmungen blieb die Regierung mit 253 gegen 201 Stimmen in der Mehrheit.